

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. S. F. Klügel
Fernsprecher: 5555-4195



Aufschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin G B 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Capelinck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Bogen vor dem Quartalsdruck, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckkosten für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 26. August 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Sozialistische Aktion.

Von Otto Wels.

SPD. Der Widersinn des kapitalistischen Systems hat sich restlos enthüllt. Mit dem Aufwand ungezählter Milliarden hat der Kapitalismus einen Produktionsapparat aufgebaut, der die Produktivität der menschlichen Arbeit um ein Vielfaches gesteigert hat. Seit Jahr und Tag aber stehen die Fabrikhallen verlassen da, verrostet die Maschinen und Werkzeuge. Und seit Jahr und Tag drängt sich das graue Heer der Erwerbslosen an den Stempelstellen hoffnungslos und verbittert, verlangen Millionen und Abermillionen arbeitswilliger Hände vergeblich nach Arbeit. Die Kohlen türmen sich auf den Halden und schon bangen Hunderttausende vor dem kommenden Winter. In den Ställen der Bauern drängt sich das schlachtreife Vieh und in den Städten erwachen jeden Morgen Millionen von Müttern mit der nagenden Sorge, wie sie am neuen Tag die hungrigen Mäuler satt machen sollen. Das Volk hungert bei vollen Scheunen.

Seit Jahr und Tag erheben Millionen immer aufs neue die bange Frage: werden wir jemals aus dem Jammer dieser Krise herauskommen? Und wenn wir herauskommen, wird uns nicht schon wenige Jahre später eine neue Krise in neue Not und neues Elend stürzen? Soll diese Frage immer und immer unbeantwortet bleiben? Gibt es gar keinen Ausweg aus dieser mörderischen Krise? Gibt es gar kein Mittel, um endlich den Arbeitslosen Arbeit, den Hungernden Brot, den Verzweifelnden neuen Lebensinhalt zu geben?

Es gibt ein Mittel, es gibt einen Weg und diesen Weg weist das Programm der freien Gewerkschaften für den Umbau der Wirtschaft, weisen die Gesetzentwürfe, die die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion - gestützt auf dieses Programm - dem neuen Reichstag vorlegt.

Wir haben uns lange in unseren eigenen Reihen darüber gestritten, ob diese Krise nur eine gewöhnliche kapitalistische Krise ist oder eine Krise des Kapitalismus selbst, ob die Zeit schon reif ist für den Umbau der Wirtschaft. Die Verantwortung vor der Arbeiterschaft hinderte uns, mit leichtfertigen Parolen trügerische Hoffnungen zu erwecken. Jetzt ist dieser Streit entschieden. Jetzt sind wir zu der festen Ueberzeugung gekommen: die Zeit ist reif für den Umbau der Wirtschaft, die Stunde verlangt gebieterisch die Lösung der Krise durch sozialistische Massnahmen.

Die psychologischen Voraussetzungen für den Umbau der Wirtschaft waren niemals günstiger als jetzt. Die kapitalistischen "Wirtschaftsführer" haben den Kapitalismus selbst an den Rand des Abgrundes geführt, haben Milliarden und Abermilliarden nutzlos verpulvert, Millionen und Abermillionen an den Bettelstab gebracht. Jetzt suchen sie beim Staat Hilfe und wollen mit den Machtmitteln des Staates, mit den Steuergeldern der Allgemeinheit ihre wankende Herrschaft über die Wirtschaft stützen. Wir aber rufen ihnen zu: Tretet ab! Der Staat ist nicht dazu da, eure Schulden zu bezahlen und eure Unfähigkeit zu büßen. Der Staat soll die Führung der Wirtschaft selbst in die Hand nehmen und anstelle der planlosen kapitalistischen Wirtschaft eine planmäßige sozialistische Wirtschaft aufbauen.

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Verantwortlicher:
J. S. F. Klüh.
Fernsprecher: 2400-4195



Auftrag für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copadent

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalswechsel, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 26. August 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Sozialistische Aktion.

Von Otto Wels.

SPD. Der Widersinn des kapitalistischen Systems hat sich restlos enthüllt. Mit dem Aufwand ungezählter Milliarden hat der Kapitalismus einen Produktionsapparat aufgebaut, der die Produktivität der menschlichen Arbeit um ein Vielfaches gesteigert hat. Seit Jahr und Tag aber stehen die Fabrikhallen verlassen da, verrostet die Maschinen und Werkzeuge. Und seit Jahr und Tag drängt sich das graue Heer der Erwerbslosen an den Stempelstellen hoffnungslos und verbittert, verlangen Millionen und Abermillionen arbeitswilliger Hände vergeblich nach Arbeit. Die Kohlen türmen sich auf den Halden und schon bangen Hunderttausende vor dem kommenden Winter. In den Ställen der Bauern drängt sich das schlachtreife Vieh und in den Städten erwachen jeden Morgen Millionen von Müttern mit der nagenden Sorge, wie sie am neuen Tag die hungrigen Mäuler satt machen sollen. Das Volk hungert bei vollen Scheunen.

Seit Jahr und Tag erheben Millionen immer aufs neue die bange Frage: werden wir jemals aus dem Jammer dieser Krise herauskommen? Und wenn wir herauskommen, wird uns nicht schon wenige Jahre später eine neue Krise in neue Not und neues Elend stürzen? Soll diese Frage immer und immer unbeantwortet bleiben? Gibt es gar keinen Ausweg aus dieser mörderischen Krise? Gibt es gar kein Mittel, um endlich den Arbeitslosen Arbeit, den Hungernden Brot, den Verzweifelnden neuen Lebensinhalt zu geben?

Es gibt ein Mittel, es gibt einen Weg und diesen Weg weist das Programm der freien Gewerkschaften für den Umbau der Wirtschaft, weisen die Gesetzentwürfe, die die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion - gestützt auf dieses Programm - dem neuen Reichstag vorlegt.

Wir haben uns lange in unseren eigenen Reihen darüber gestritten, ob diese Krise nur eine gewöhnliche kapitalistische Krise ist oder eine Krise des Kapitalismus selbst, ob die Zeit schon reif ist für den Umbau der Wirtschaft. Die Verantwortung vor der Arbeiterschaft hinderte uns, mit leichtfertigen Parolen trügerische Hoffnungen zu erwecken. Jetzt ist dieser Streit entschieden. Jetzt sind wir zu der festen Ueberzeugung gekommen: die Zeit ist reif für den Umbau der Wirtschaft, die Stunde verlangt gebieterisch die Lösung der Krise durch sozialistische Massnahmen.

Die psychologischen Voraussetzungen für den Umbau der Wirtschaft waren niemals günstiger als jetzt. Die kapitalistischen "Wirtschaftsführer" haben den Kapitalismus selbst an den Rand des Abgrundes geführt, haben Milliarden und Abermilliarden nutzlos verpulvert, Millionen und Abermillionen an den Bettelstab gebracht. Jetzt suchen sie beim Staat Hilfe und wollen mit den Machtmitteln des Staates, mit den Steuergeldern der Allgemeinheit ihre wankende Herrschaft über die Wirtschaft stützen. Wir aber rufen ihnen zu: Tretet ab! Der Staat ist nicht dazu da, eure Schulden zu bezahlen und eure Unfähigkeit zu büßen. Der Staat soll die Führung der Wirtschaft selbst in die Hand nehmen und anstelle der planlosen kapitalistischen Wirtschaft eine planmäßige sozialistische Wirtschaft aufbauen.

Wir wissen, dass der Uebergang zur sozialistischen Planwirtschaft kein Neuaufbau, sondern nur ein Umbau sein kann. Wir wissen, dass nicht mit einem Schlage abstellender jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine sozialistische Wirtschaftsordnung gesetzt werden kann, sondern dass das nur das Ergebnis einer mühevollen Arbeit und eines zähen Ringens sein kann. Wir wissen aber auch, dass wir diese Aufgabe nicht einem Staat übertragen können, der von den Grossagrariern und den Grosskapitalisten beherrscht wird, sondern dass wir uns erst die Macht im Staate erkämpfen und den Einfluss der Junker und Industrieherrn brechen müssen. So haben die Sozialisierung der Schwerindustrie und die Enteignung des Grossgrundbesitzes, die wir als vordringliche Massnahmen fordern eine doppelte Bedeutung: sie sollen die Machtstellung der Grosskapitalisten und der Grossagrarien ein für allemal beseitigen und sie sollen zugleich die ersten Schritte für den Umbau der Wirtschaft sein.

Oekonomisch ist die Zeit für den Umbau der Wirtschaft reif, ist sie es auch politisch? Kein Zweifel, die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe finden in diesem Reichstag keine Mehrheit. Aber auch kein Zweifel, dass wir in Deutschland nicht nur eine Krise des Kapitalismus, sondern zugleich eine Krise des kapitalistischen Denkens erleben. Noch war es eine Uebertreibung, als Gregor Strasser in Reichstag behauptete, 95 Prozent unseres Volkes seien von antikapitalistischer Sehnsucht erfaast. Noch sind die Nazis selbst der stärkste und letzte Schutzwall der Kapitalisten. Aber der Glaube an die Unerstlichkeit des Kapitalismus ist erschüttert. Der Boden ist aufgelockert und kann jetzt umgepflügt werden.

Wir haben diese Gesetzentwürfe eingebracht, obgleich wir wissen, dass sie im Reichstag keine Mehrheit finden. Aber wir haben sie nicht eingebracht, um die Nazis zu entlarven. Haben seit Jahr und Tag unsere besten Fachmänner und Sachverständigen über diesen Plänen und Entwürfen gesessen, damit sie uns nun für ein Entlarvungsmanöver gerade gut genug wären? Haben wir dafür alle Jahr für Jahr mit diesen Problemen und Schicksalsfragen gerungen, dass wir jetzt unsere Ueberzeugung einem taktischen Schachzug opfern sollten? Nein, wir wollen die Nazis nicht entlarven, wir wollen ihre Anhänger ebenso wie die kommunistischen Anhänger gewinnen! Wir wollen sie im unermüdlichen geistigen Kampf davon überzeugen, dass nicht die verlogenen Parolen ihrer eigenen Führer, sondern nur das Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ihnen die Erfüllung ihrer "antikapitalistischen Sehnsucht" bringen kann.

Fällt die Entscheidung über diese Gesetzentwürfe in diesem Reichstag nicht, so werden wir weiterkämpfen, bis wir sie erzwungen haben. Diese Waffen sind nicht in jahrelanger mühevoller Arbeit geschmiedet worden, um nur in einem parlamentarischen Scheingefecht zu paradien, nein, sie sollen die Waffen sein, mit denen wir einen neuen Kreuzzug für den Sozialismus eröffnen. Zwei Menschenalter hindurch hat die sozialistische Arbeiterbewegung den werktätigen Massen den Sozialismus als leuchtendes Zukunftsideal vor Augen gehalten. Jetzt ruft sie den Schaffenden in Stadt und Land zu: Der Sozialismus ist in Deutschland nicht mehr Zukunftsideal, er ist Gegenwartsaufgabe.

Für diese Aufgabe, die grösste, die je einem Volke gestellt worden ist, wollen wir jenen Kreuzzug führen mit der letzten Hingabe und dem letzten Einsatz aller Kräfte, die unsere Verantwortung vor der Geschichte und vor der Arbeiterbewegung von uns verlangt. Und wenn wir diesen Kreuzzug führen, dann kann uns der Sieg - wenn auch nach langen und schweren Kämpfen - nicht fehlen. Unser Kampf wird nicht nur den Mut der Verzagenden, den Glauben der Verzweifelnden neu stärken und beleben, er wird schliesslich auch diejenigen mitreissen, die heute noch geblendet und irregeleitet den falschen Propheten von rechts und links nachlaufen.

Auf, Sozialisten, schliesst die Reihen!
Die Trommel ruft, die Banner weh'n.
Es gilt die Arbeit zu befreien,
Es gilt der Arbeit Auferstehn!

SPD. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am kommenden Dienstag, den 30. August vormittags elf Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der neben der politischen Situation auch die mit dem Zusammentritt des Reichstags im Zusammenhang stehenden Fragen besprochen werden.

SPD. Karlsruhe, 26. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die badische Unterrichtsverwaltung teilt heute die Gründe mit, welche zur Entziehung der Lehrberechtigung des Professor Dr. Gumbel an der Universität Heidelberg führten. Die Unterrichtsverwaltung erklärt u. a.: "Der bestimmungsgemäße an der Universität Heidelberg über den bekannten Vorfall eingesetzte Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß Professor Dr. Gumbel in einem am 27. Mai 1932 im Heim der Sozialistischen Studentengruppe in Heidelberg abgehaltenen Vortrag, nachdem ihm bekannt war, daß politische Gegner, im Zusammenhang einer Darstellung der Not und der Schrecken eines Krieges sich dahin geäußert habe, "das angemessene Kriegerdenkmal sei nicht eine leichtbekleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern ein Stein mit einer Kohlrübe". Nach Auffassung des Untersuchungsausschusses war diese Äußerung ihrem Ton und Wortlaut nach geeignet, die Ehrfurcht vor den Gefallenen des Weltkrieges zu verletzen und das nationale Empfinden auf das tiefste zu kränken. Entscheidend und erschwerend falle hierbei ins Gewicht, daß die gemachte Äußerung sich in derselben Richtung bewege und den gleichen Charakter habe, wie die allgemein bekannte, von Professor Dr. Gumbel selbst zugegebene Äußerung von 1924 über das Feld der Unehre. Mit der gemachten Äußerung habe Professor Dr. Gumbel aufs neue bewiesen, daß er nicht imstande sei, eine Verletzung von heiligsten Empfindungen zu vermeiden. Unbeschadet seiner wissenschaftlichen Qualitäten und seines wissenschaftlichen Interesses sei festzustellen, daß Professor Dr. Gumbel seine politische Anschauung in einer mit den Pflichten seiner akademischen Stellung nicht verträglichen rücksichtslosen und demagogischen Weise vertrete und keine hinreichende Selbstkontrolle besitze, um Äußerungen zu vermeiden, die beleidigend und verletzend und die die Achtung und das Vertrauen, dessen ein Hochschullehrer bedarf, erschüttern. Dieser Stellungnahme des Untersuchungsausschusses ist auch die philosophische Fakultät der Universität Heidelberg und der engere Senat der Universität beigetreten".

Wenn alle nationalistischen Hochschullehrer mit dem Masse gemessen würden, das hier an Gumbels Äußerungen gelegt wurde, dann wären viele Lehrstühle schon seit langem verwaist oder unbesetzt worden. Denn was Nationalisten sich in Bezug leisten auf "rücksichtslose und demagogische" Vertretung ihrer Ansichten über Republik und Republikaner, das ist hinreichend bekannt und mit den gelegentlichen Bemerkungen des Pazifisten Gumbels überhaupt nicht zu vergleichen. Besonders bedauerlich bleibt, daß die Maßregelung der Pazifisten gerade in Baden erfolgt, das einst den Ruf genoß, ein "Musterlände" der Freiheit zu sein!

SPD. Karlsruhe, 26. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die badische Regierung hat die beiden nationalsozialistischen Blätter "Volksgemeinschaft" in Heidelberg und deren Kopfblatt "Das Hakenkreuzbanner" in Mannheim auf die Dauer von 10 Tagen verboten. Die beiden Blätter kamen der ihnen von der Regierung gemachten Auflage, die amtliche Kundgebung der Reichsregierung wegen der Beuthener Todesurteile abzudrucken, in der Weise nach, daß sie die Kundgebung auf der dritten Seite in Kleindruck unter der Schlagzeilen-Überschrift: "Geisteskranke wirft sich vor einen Zug!" brachten. Dazu machten die Blätter folgende Bemerkungen: "Immerhin

"Immerhin scheint es bei Herrn von Papen langsam zu dämmern, daß er im Volk und demgemäss in der deutschen Presse auf hundertprozentige Ablehnung und Hass stößt, sonst werde er die Drohung, mit der er die Kundgebung in die Welt schickt, nicht für nötig halten. An "hervorragender Stelle" erscheint jedenfalls bei uns der Aufruf Adolf Hitlers und dann noch eine ganze Reihe anderer wichtiger Meldungen, die sich insgesamt schon im Druck befinden. Herrn Papens Kundgebung, die wir vorläufig nicht kommentieren, da wir sie keineswegs für "hervorragend" halten, erscheint deshalb unter den letzten politischen Nachrichten, Sensationen und Unfallmeldungen an dieser Stelle."

Auf der ersten Seite des Blattes bringen die beiden Zeitungen den Aufruf Adolf Hitlers unter den Schlagzeilenüberschriften: "Adolf Hitler ruft zum Kampf gegen das Bluturteil des Systems Papen. Wir werden auch mit dieser Regierung der Hinrichtung unserer Mitkämpfer fertig werden."

An Dreistigkeit leisten sich die Hitlerblätter wirklich mehr, als die geduldige Papenpolizei erlauben darf!

SPD. Warschau, 26. Aug. (Eig. Drahtb.)

Heute früh sind die Warschauer städtischen Beamten in der Stärke von etwa 4 000 Personen in den Streik getreten. Die Ursache ist die unpünktliche Auszahlung der Gehälter durch den Warschauer Magistrat seit etwa einem Jahre. Im Augenblick schuldet die Warschauer Selbstverwaltung allen ihren Beamten die Gehälter für zwei Monate. Der Oberbürgermeister forderte heute unter Androhung der fristlosen Entlassung die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, obwohl die städtische Kasse nicht einmal über ein Drittel der Summe verfügt, um die seit nahezu 2 Monaten direkt hungernden Beamten zu entlohnen. Die hierzu notwendige Summe beziffert sich auf 4,2 Millionen Zloty. Die Beamten beabsichtigen, erst dann den Streik aufzugeben, wenn alle Gehälter ausgezahlt sind. Sollte der Streik länger als drei Tage andauern, so ist ein Beitritt aller Angestellten und Beamten der städtischen Unternehmungen zum Streik geplant.

SPD. Stuttgart, 26. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der Landesverband der Wirtschaftspartei für Württemberg und Hohenzollern teilt mit, daß er seine Organisation aufgelöst hat und daß der bisherige Landesvorstand zur Deutschnationalen Partei übergetreten sei, die den leitenden Persönlichkeiten der Wirtschaftspartei in Stadt und Land entsprechende Stellungen in ihrer eigenen Organisation sichergestellt habe. Der Landesvorstand fordert deshalb die Parteimitglieder auf, seinem Beispiel zu folgen.

Das hört sich sehr großspurig an, es steckt aber dafür umso weniger dahinter. Bei der letzten Reichstagswahl erhielt nämlich die Wirtschaftspartei in Württemberg und Hohenzollern ganze 2 578 Stimmen, das sind sage und schreibe noch nicht ein Fünftel Prozent der in Württemberg und Hohenzollern insgesamt abgegebenen Stimmen. Daran kann man die völlige Belanglosigkeit dieser Splitterpartei erkennen, die auch dadurch nichts an Bedeutung gewonnen hatte, daß der ehemalige deutsch-demokratische Abgeordnete Henne demonstrativ vor den Wahlen zu ihr übertrat. Im Gegenteil, dieser Übertritt scheint zur Verkürzung der Lebensdauer der Wirtschaftspartei in Württemberg erheblich beigetragen haben.

SPD. London, 26. Aug. (Eig.Drahtb.)

Die "Empress of Britain" landete am Freitag ihre Fracht von Ministern in Southampton. Die Delegierten zur Empire-Konferenz in Ottawa wurden in London von ihren Kollegen einschliesslich MacDonald am Bahnhof begrüsst und bereits am Samstag vormittag findet ein erster Kabinettsrat statt. In ihm werden nicht nur die heimkehrenden Minister ihren Kollegen über die Konferenz berichten und sie mit den vor dem Publikum noch geheim gehaltenen Tarifverträgen bekannt machen, sondern es ist auch eine Reihe von weiteren wichtigen Problemen zu behandeln. Darunter sind die irische Frage, die Regelung der Minderheitenrechte in Indien, die Aufhebung der Emissionsperre am Londoner Kapitalmarkt, die von der Wirtschaft gefordert wird, und der Arbeitskonflikt in Lancashire zu nennen. Auch der Zeitpunkt des Parlamentszusammentritts muss festgesetzt werden. Baldwin gab bei seiner Ankunft in England eine von grossem Optimismus getragene Erklärung für die wirtschaftliche Entwicklung Englands und der Welt überhaupt ab, die aber an Tatsachen äusserst leer war.

SPD. Braunschweig, 26. Aug. (Eig.Drahtb.)

Minister Klagges will, da er fortgesetzt von seinen Parteifreunden gedrängt wird, nicht auf die Aufstellung eines SA-Selbstschutzes verzichten. Die Regierung teilt deshalb am Freitag mit, dass sie den Selbstschutz noch nicht für erledigt ansehe, sondern sie halte vielmehr nach wie vor am Selbstschutzgedanken fest. Sie werde sich jetzt neuerdings an den Reichsinnenminister unter Darlegung der Gründe für die Notwendigkeit eines Selbstschutzes im Lande Braunschweig wenden. In Regierungskreisen hoffe man, dass sich der Reichsinnenminister den neuerlichen Vorstellungen des Landes Braunschweig nicht verschliessen werde. Diese Notiz richtet sich deutlich gegen die Deutschnationalen, die gegen den Selbstschutz beim Reichsinnenminister vorstellig geworden sind. Der Ortskampfleiter der Eisernen Front, Abg. Thielemann, hat gleichzeitig ein Schreiben an den Reichsinnenminister gerichtet, in dem er im Namen der Republikaner der Stadt Braunschweig gegen die Aufstellung des Selbstschutzes aus SA-Leuten protestiert, da dieser Selbstschutz eine ständige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellen würde.

SPD. Das Possenspiel, das der Naziabgeordnete Freisler mit dem sogenannten Zernow-Ausschuss des Preussischen Landtags in Beuthen aufführen wollte, ist durch eine Entscheidung des preussischen Justizministeriums vereitelt worden. Freisler hatte den Untersuchungsausschuss über Justizfragen eigenmächtig nach Beuthen geladen und vom Justizministerium die Ueberlassung des Schwurgerichtssaales in Beuthen, die Bereitstellung der wegen der Mordtat in Potempa Verurteilten zur Vernehmung vor dem Ausschuss und die Aushändigung der Akten des Strafverfahrens verlangt. Das Justizministerium hat ihm aber, wie zu erwarten, erwidert, dass es aus rechtlichen Gründen nicht in der Lage sei, dem Ersuchen zu entsprechen. Die Nachprüfung des Verfahrens des Sondergerichts in Beuthen würde eine Ausdehnung der dem Ausschuss vom Landtag übertragenen Aufgaben bedeuten, zu der der Ausschuss nicht befugt sei. Es komme hinzu, dass die angekündigte Untersuchung einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Gerichte bilden und daher im Hinblick auf Art. 102 der Reichsverfassung unzulässig sein würde.

SPD. München, 26. Aug. (Eig.Drahtb.)

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz warnt das Kabinett Papen noch einmal eindringlichst vor verfassungswidrigen Experimenten. Sie hält mit einem bewunderungswürdigen Optimismus immer noch an der Möglichkeit einer parlamenta-

riachen Lösung der Regierungskrise fest und schreibt: "Die schwere politische Krise enthebt weder die Parteien des Reichstags und noch weniger den Reichspräsidenten und die Reichsregierung der Pflicht, die Frage restlos zum Ausreife kommen zu lassen, ob tatsächlich schon alle legalen und normalen Regierungsmöglichkeiten erschöpft sind. Bis zur Stunde sind wir noch nicht so weit, dass ein endgültiges Urteil gefällt werden könnte. Der Reichstag muss sich unter allen Umständen mit der Frage der Regierungsbildung befassen. Solange sich die Aussicht bietet, eine Regierung zustandezubringen, die dem Willen der Verfassung entspricht, solange hat auch der Reichspräsident die verfassungsmässige Pflicht, nichts unversucht zu lassen, einen solchen normalen Regierungszustand herbeizuführen. Die Idee des präsidentiellen Kabinetts, die gut und schön ist, darf unmöglich mit der Vorstellung verknüpft werden, dass es sich hierbei ohne weiteres um ein Konfliktkabinett handle, das mit einer Volksvertretung überhaupt nichts zu tun hätte und ihre Rechte einfach ignorieren könnte. Aus der Ueberzeugung heraus, dass es ein dringendes Gebot einer verantwortungsbewussten Staatspolitik ist, gerade in dieser kritischen Situation auf der Forderung legaler Regierungsmethoden zu bestehen, ist es zu begrüssen, dass die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialistischer Partei über eine Regierungsbildung sowohl in Preussen als im Reich bis zur Stunde keinesfalls als endgültig gescheitert oder als völlig aussichtslos bezeichnet werden können. So, wie die Verhältnisse im neuen Reichstag liegen, lässt sich die erforderliche Mehrheit für eine Regierung eben nur dann erzielen, wenn es zu einer Verständigung zwischen diesen Parteien kommt. Die deutsche Zentrumspartei befindet sich ganz bestimmt auf dem richtigen Wege, der ihr von ihrem staatspolitischen Gewissen vorgeschrieben wird, wenn sie die ihr zugefallene Schlüsselstellung so auffasst, dass es ihre Pflicht ist, von sich aus keine Möglichkeit zur Herbeiführung normaler Regierungsverhältnisse unversucht zu lassen."

SPD. München, 26. Aug. (Fig.Drahtb.)

Eine lehrreiche Illustration dafür, wie die Nazipresse den sogenannten "Rotmord" konstruiert, ist eine Kammerfenstertragödie, die sich am 2. Mai d.J. in Jeking in Oberbayern zutrug und bei der der nationalsozialistische Dienstknecht Hilz ums Leben kam. Ohne den Schatten eines Beweises machte der "Völkische Beobachter" und die übrige Nazipresse aus der Angelegenheit einen "Rotmord" und erhob erst kürzlich in einem blutrünstigen Artikel über eine ganze Seite hinweg schwerste Vorwürfe gegen Polizei und Justiz, dass sie die kommunistischen Mörder unbehelligt lässt. Nun wird amtlich mitgeteilt, dass gegen acht Teilnehmer an dem einerzeitigen Kaufhandel seit 19. Mai gerichtliche Voruntersuchung schwebt und dass sich der Haupttäter nach wie vor in Haft befindet. Ausdrücklich wird festgestellt, dass für einen planmässigen Ueberfall aus politischen Beweggründen die Untersuchung bisher nicht den geringsten Anhaltspunkt ergeben habe. Der den Ausgangspunkt des Kaufhandels bildende Streit sei nicht politischer Natur gewesen.

SPD. Gegen die vielfachen Andeutungen, dass die Reichsregierung die Absicht habe, den Reichstag noch vor seinem Zusammentritt oder vor einem Misstrauensvotum aufzulösen und dann mit verfassungswidrigen Mitteln weiter zu regieren, wendet sich mit betonter Einmütigkeit die Zentrumspresse. In dem offiziellen "Pressedienst der Zentrumspartei" wird neuerdings darauf hingewiesen, dass es Sache der Regierung sei, im Reichstag eine Mehrheit zu suchen und so die an sie vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden. In einem hochoffiziellen Artikel des Zentrumsdienstes wird diese Auffassung besonders unterstrichen. Es heisst darin u.a.:

"Der Reichstag ist arbeitsunfähig, sagt die Reichsregierung. Das mag nach aussen hin so scheinen. Aber hier in dieser allgemeinen Not und Gefahr, in der

selbst Staatsstreich nicht ausgeschlossen erscheinen, ist es eben wiederum die Zentrumspartei, deren Bestreben darauf gerichtet bleibt, auch diesen Reichstag arbeitsfähig zu machen, die lähmende radikale Mehrheit in ein positives Fahrwasser zu lenken. Darum die sorgenden Besprechungen, darum die Führungnahme der Zentrumsführer mit allen anderen Führern gegnerischer Parteien, von denen wir annehmen müssen und wollen, dass sie wahrhaft national und vaterlandsliebend sind, eigene Parteiinteressen zurückstellen, weil es um Deutschland geht."

Zum Schluss aber wird dieser Aufsatz, den man wohl nicht mit Unrecht auf den Zentrumsführer Kaas zurückführen darf, ganz deutlich:

"Wie auch die Pläne der Reichsregierung sich noch offenbaren werden, wir im Zentrum und in der Bayerischen Volkspartei rufen ihr ein gebieterisches Hallo sofort zu, wenn sie den Weg der Verfassung verlässt. Dann werden wir mit den schärfsten Mitteln zur Abwehr drohender Gefahren schreiten, unbeugsamen Willens weiterringen um die wirkliche nationale Sammlung der Volkskräfte, um so doch allen diktatorlünsternen und Parteiherrschsüchtigen zum Trotz eine Regierung für das Volk und mit dem Volke zu bilden, die dessen Rechte schützt und wahrt."

Das Zentrum sieht also ebenso wie die Bayerische Volkspartei es schon als eine unbestreitbare Tatsache an, dass die Regierung Papen mit verfassungswidrigen Mitteln sich an der Macht zu halten suche, trotzdem sie ganz unzweifelhaft weder im Reichstage noch im Volke eine Stütze findet. Dass das Zentrum dagegen von sich aus die allerschärfsten Kampfmassnahmen ankündigt, ist ein besonderes Zeichen der Zeit.

SPD. Der Gemeindeausschuss des Preussischen Landtags beschäftigte sich am Freitag mit den zahlreichen Anträgen und Eingaben, die sich gegen die Notverordnungen zur Auflösung und Zusammenlegung zahlreicher Landkreise wenden. In allen Eingaben wird betont, dass die Notverordnung wirkliche Ersparnisse nicht bringe, da die Beamten übernommen und die Angestellten anderweitig untergebracht werden müssten. Dafür aber würde der Bevölkerung eine unberechtigte Belästigung auferlegt, weil sie weitere Wege zurücklegen müsste, um zur nächsten Kreisstadt zu gelangen. Sämtliche Parteien erklärten sich gegen die Verordnung der kommissarischen Regierung. In der Abstimmung wurde zunächst ein deutschnationaler Antrag gegen Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen, der das Staatsministerium um baldigste Vorlegung eines Gesetzes über eine planmässige Verwaltungsreform ersucht. Weiter wurde unter Stimmenthaltung des Zentrums ein nationalsozialistischer Antrag beschlossen, wonach die Verordnung des Reichskommissars als rechtsungültig ausser Kraft zu setzen sei. Alle übrigen Anträge waren dadurch erledigt. Ein Vertreter des Staatsministeriums hatte vor der Abstimmung die Erklärung abgegeben, dass der Reichskommissar an seiner Verordnung festhalte, auch wenn der Gemeindeausschuss und der Landtag gegenteilige Beschlüsse fassten. Die kommissarische Regierung sei nur bereit zu Zugeständnissen kleinerer Art.

SPD. Paris, 26. Aug. (Eig. Drahtb.)

In Französisch-Westafrika, an der Grenze der spanischen Kolonie Rio del Oro, ist es am Freitag zu einem neuen Zusammenstoss zwischen französischen Truppen und einer Abteilung aufständischer Eingeborener gekommen. Die Aufständischen konnten nach blutigem Gefecht geschlagen und in die Flucht getrieben werden. Französische Militärflieger verfolgten sie. Die Franzosen hatten an Toten zu beklagen: 1 Offizier, 6 Unteroffiziere und 52 Senegalschützen.

SPD. Der Verfassungskonflikt zwischen dem Reichskommissar für Preussen und dem Preussischen Landtag beginnt jetzt bereits zu wirken. Zwar haben die Nationalsozialisten bald nach der Preussenwahl laut nach der Einsetzung eines Reichskommissars mit diktatorischer Gewalt geschrien, aber angesichts der nüchternen Selbstverständlichkeit, mit der Dr. Bracht dem nationalsozialistischen Präsidenten des Landtags Kerrl mitgeteilt hat, dass die kommissarische Staatsregierung sich an den Landtag und seine Beschlüsse in keiner Form gebunden fühle, ist sogar besagtem Kerrl der Geduldsfaden gerissen. Er hat einen langen Brief an den Reichskanzler von Papen, den von Hindenburg eingesetzten Reichskommissar, geschrieben, in dem er auf die Innehaltung der Verfassung drängt! Verfassungsmässig, sagt er, sei jede Regierung dem Landtage verantwortlich, und verfassungsmässig habe jeder Minister vor dem Landtage zu erscheinen, sobald es verlangt wird. Statt sich auf ihre Aufgabe, Wiederherstellung verfassungsmässiger Zustände, zu beschränken, habe diese kommissarische Regierung sogar eine Verwaltungsreform in Preussen durchgeführt. Deshalb lege er als Präsident des Landtags schärfsten Protest ein gegen die Durchführung von Massnahmen, von denen noch nicht feststehe, ob sie den Interessen des Volkes dienen. Kerrl muss zugestehen, dass er in einem Schreiben vom 19. Juli etwas ähnliches als die Einsetzung eines Reichskommissars gefordert habe. Der Reichspräsident sei aber über seine Forderung hinausgegangen und habe durch Notverordnung die gesamte preussische Regierung in die Hände des Reichskommissars überführt. Zum Schluss richtet Kerrl an Papen die Bitte, dem Reichspräsidenten den Erlass einer Notverordnung vorzuschlagen, durch welche die vom alten Landtag beschlossene Geschäftsordnungsänderung für nichtig erklärt wird. Er fügt wörtlich hinzu: "Der Herr Reichspräsident hat bekanntlich für die peinliche Befolgung der Verfassungsrechte stets Sorge getragen; das lässt mich hoffen, dass er auch meinem Verlangen nach Wiederherstellung völlig verfassungsrechtlicher Zustände in Preussen entsprechen wird." Dass Kerrl als Vertreter der Nazi-Partei, die den Kampf gegen die Weimarer Verfassung als ihre Lebensaufgabe betrachtet, sich jetzt zum Hüter der Verfassung aufwirft, entbehrt gewiss nicht der Komik! Aber er scheut gleichzeitig nicht davor zurück, den Reichspräsidenten zu einer Handlung zu nötigen, die nichts mit den Aufgaben des Reichspräsidenten zu tun hat. Die Geschäftsordnung des Landtags ist Sache des Landtags, nicht Sache des Reichspräsidenten! Das sollte wenigstens der Präsident des Landtags wissen, wenn er sich auf die Verfassung beruft!

SPD. Paris, 26. Aug. (Eig.Drahtb.)

Die TU-Meldung aus London, dass die englische Regierung die Begründung der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung in der Wehrfrage voll anerkenne, wird hier in Paris mit äusserstem Misstrauen aufgenommen. Der Quai d'Orsay erklärt dazu sogar, dass er bisher keinerlei Bestätigung dieser Behauptung erhalten habe. Zwischen Paris und London ist in den letzten Tagen und Wochen ein reger Meinungs Austausch über diesen Gegenstand erfolgt, allerdings nur in sehr loser und unverbindlicher Form. Infolgedessen glaubt der Quai d'Orsay behaupten zu können, dass England keineswegs so unbedingt auf der Seite Deutschlands steht, wie es die TU-Meldung glauben machen will.

SPD. Paris, 26. Aug. (Eig.Drahtb.)

Nach der amtlichen französischen Statistik belief sich die Zahl der Arbeitslosen am 20. August auf 266 723. Sie hat sich also gegenüber der Vorwoche um nicht ganz 2000 Mann vermindert.

Aus aller Welt

Hunger über Japan!

Die schlechteste Ernte seit 1689. - Grauvneolle Elendsberichte - Die sich verkaufen - -.

SPD. Es ist allgemein bekannt, dass in China Millionen von Menschen jährlich Hungers sterben. Die Fülle der Unglücksmeldungen, die der Draht in den letzten Jahren um den Erdball jagte, hat die Menschheit diesen permanenten Not-Katastrophen gegenüber abgestumpft. Aber jetzt ergreift die Hungersnot ein vollkommen organisiertes Land: Japan. Die nachfolgenden Informationen sind nicht aus den mehr oder minder phantastischen Berichten von Reisenden geschöpft, sondern bilden einen gedrängten Auszug aus den offiziellen Berichten der Kommissionen, die die japanische Regierung zur Prüfung der Lebensbedingungen der Bevölkerung ernannt hat.

Ein völliger Zusammenbruch.

Durch den Hunger und alle seine Folgekrankheiten erleidet das japanische Volk einen völligen physischen und moralischen Zusammenbruch. Die ökonomische Krise, die die japanische Industrie in starkem Masse betroffen hat, - durch den Kurssturz in der Seidenindustrie -, wird in diesem Jahre noch durch eine katastrophale Ernte verschlimmert. Die Reisproduktion ist weit unter den Durchschnitt gefallen; im Nordwesten Japans war sie besonders schlecht. Von 750.000 bebauten ha. haben bei der letzten Ernte nach der offiziellen Statistik 65 884 überhaupt nichts getragen. 177 912 nur 30%. Seit 1689 hat Japan keine so schlechte Ernte gehabt. Reis ist bekanntlich das Hauptnahrungsmittel der Japaner, und wenn man bedenkt, dass Japan sogar in normalen Zeiten Reis einfuhrte, um den Bedürfnissen der Bevölkerung zu genügen, kann man die ganze Tragweite der Katastrophe ermessen.

Wurzeln und Kräuter...

In den Landgebieten sind wahrhafte Grauenszenen zu beobachten. Die Bauern, die sich mit ihren Familien fast nur noch Wurzeln und Kräutern nähren können, schwinden sichtlich dahin. Die Statistik über die Sterblichkeit ist für die letzten Monate noch nicht veröffentlicht; aber Tatsache ist jedenfalls, dass bei den Insassen der meisten Spitäler der Hunger fast immer die Ursache der Leiden ist. Im Bericht einer speziell von den Funktionären des Ackerbauministeriums eingesetzten Kommission heisst es z.B. über den Distrikt von Nagano: "Viele Dörfer befinden sich in einer Lage, für die die Bezeichnung "elend" geradezu noch optimistisch ist. Die Existenzbedingungen sind so schwer, dass Diebstähle von Reis, Zucker und Salz an der Tagesordnung sind. Die Polizei ist seit dem letzten Januar der Situation nicht mehr gewachsen. In der Stadt Ueda, einem Zentrum der Seidenindustrie, ist der ganze Handel zum Tauschhandel geworden. In den meisten Dörfern sind sogar die kleinsten Münzen eine Rarität, die Lebensmittel sind das Umlaufsgeld."

Die Mädchenmärkte.

In einem Kommissionsbericht über den Distrikt Niagata, der früher durch seine Reisplantagen ebenso berühmt war wie durch die Schönheit seiner Frauen, liest man: "In Niagata rekrutieren sich normalerweise 80 - 90% der Einkünfte aus dem Reisbau. Jetzt produziert niemand ausser den Grossbesitzern genug für seine eigenen Bedürfnisse, und da die Bauern alles was sie besaßen, verkauft haben und sich in der grössten Not befinden, schlagen sie jetzt aus

ihren Töchtern Geld. Der landläufige Preis für ein elfjähriges Mädchen ist 100 Yens, eine Heranwachsende von 15 Jahren wird mit 400 Yens bezahlt. Auf diese Weise haben Hunderte von Familien ihre Töchter verkauft. Die Tragweite der Situation übertrifft die kühnste Phantasie!"

So schreibt auch eine grosse japanische Tageszeitung: "Die nördlichen Teile Japans sind für die grosse Schönheit ihrer Frauen bekannt. Die Zahl der Prostituierten ist in erschreckender Weise gestiegen. Ist es erstaunlich, dass es in einigen Landstrichen keine heiratsfähigen Mädchen mehr gibt, da in manchen Dörfern fast alle 15- bis 25-jährigen Frauen in die Bordells der Städte abgewandert sind?"

Fragen eines Kindes.

Ein mit der Untersuchung des Distriktes Iwate betrauter Beamter berichtet, dass er im Verlaufe eines Besuches in einer Schule von einem Knaben folgendermassen befragt wurde: "Ist es wahr, dass die Leute in andern Provinzen auch so leiden, wie wir? Gibt es im ganzen Land irgendeine Gegend, in der man seinen Hunger stillen kann? Denn wir hier nähren uns nur noch von Gras". Und der Berichterstatter fügt hinzu: "In manchen Dorfschulen werden Reisgerichte verteilt; man muss sehen, wie sich die ausgehungerten Kinder auf diese schmalen Bissen stürzen."

Bevor sich die Bauern dazu entschlossen, ihre Kinder zu verkaufen, verlegten sie sich, um sich aus ihrer Lage zu befreien, systematisch aufs Brandstiften; sie steckten ihre Häuser an, um die Versicherungssumme zu bekommen. Aber diese Fälle waren so häufig geworden, dass die Versicherungsgesellschaften schliesslich ihre Zahlungen einstellten...

Ein neuer "Trick" war, irgendwelche kleine Diebereien zu verüben, um auf diese Weise ins Gefängnis zu kommen. Aber die Richter wurden hartherzigerweise milde, Diebstahl wird nicht mehr mit Gefängnis bestraft, und die Hungrigen müssen sehen, wo sie draussen bleiben...

Die Not in Japan ist furchtbar. Auf dem Lande verlassen viele Väter ihr Heim, Kinder das Vaterhaus. Das Familienleben zerfällt, aber ausser der Gemeinschaft der Not ist keine neue Gemeinschaft im Werden.

Gibt es eine Lösung?

Jenseits des Ozeans wird der Ernteüberfluss ins Meer versenkt!

K.

Gnadengesuch für Frenzel. Der Bornimer Amtsvorsteher Arthur Frenzel, dessen Gnadengesuch vom preussischen Justizministerium abgelehnt wurde, hat die Aufforderung erhalten, am 2. September seine Zuchthausstrafe in der Strafanstalt Luckau anzutreten. Sein Verteidiger richtete nunmehr ein neues Gnadengesuch an den Rechtsausschuss des preussischen Landtags.

Wilhelm-Meister-Schule. In Frankfurt am Main wurden die Gedenkfeierlichkeiten des Goethejahres im Kaisersaal des Römers mit der offiziellen Gründung der "Wilhelm-Meister-Schule" abgeschlossen. In seiner Festansprache wies Oberbürgermeister Dr. Landmann daraufhin, "daß die neue Schulgründung das Werk eines freien, kulturbewussten und opferwilligen Frankfurter Bürgertums ist und an die stolzen Traditionen der Stadt Frankfurt anknüpft".

Doppelselbstmord. An der Heerstrasse in Berlin, am Rande des Grunewalds, beging ein junges Paar Doppelselbstmord durch Erschießen. Liebeskummer dürfte das Motiv der Tat sein.

Haftbefehl gegen Sprit-Weber. Gegen den in Berlin unter dem Verdacht der Devisenschlebung festgenommenen Kaufmann "Sprit-Weber" und seine drei Helfershelfer wurde Haftbefehl erlassen. Sprit-Weber und Genossen haben Devisen im Werte von einer halben Million Mark nach Holland verschoben.

"Krieg" mit Österreich. Ein Zwischenfall, der dadurch entstanden ist, daß ein Bademeister an der Stanley-Bucht von Alexandrien, dem vornehmen Teil des dortigen Badestrandes seine Pflicht getan hat, ist der Anlaß zu diplomatischen Verwicklungen zwischen Ägypten und Deutsch-Österreich geworden. Der ägyptische Vertreter des "Soz. Pressedienstes" berichtet hierüber: Da sich die Zahl der Badeunglücke während der letzten Saison in besorgniserregender Weise gesteigert hat, richtete die Stadtverwaltung von Alexandrien in diesem Jahre einen Sicherheitsdienst ein. Seine Aufgabe besteht darin, das Baden bei stürmischer See zu verhindern; als Gefahrzeichen wird jeweils eine schwarze Fahne aufgezo-gen. Der Leiter dieses Dienstes war der Kanalschwimmer Is-haak Hilmi. An einem gefährlichen Tage kam der Vertreter Deutsch-Österreichs Baron Versbach im Badekostüm nach seiner Kabine und ging ins Wasser. Als Baron Versbach nicht auf die Mahnungen reagierte, sprang Hilmi, eine Hüne von Wuchs ins Wasser, packte den Diplomaten und brachte ihn, da er Widerstand leistete, auf das nächste Polizeibüro. Hier legitimierte sich der Baron und wurde freigelassen, womit der eigentliche Konflikt erst begann. Wütend for-derte Versbach Genugttung von der Regierung. Trotzdem sich Hilmi auf das Reglement berief und sein Verhalten mit der ebenso zutreffenden wie philo-sophischen Bemerkung rechtfertigte, daß alle Menschen nackt und im Badekostüm gleich seien, opferte die Regierung den Pflichteifrigen der hohen Politik und setzte seine Entlassung durch. Mit dieser Geste war die österreichische Regierung keineswegs zufrieden. Sie richtete eine energische Note an das Mi-nisterium des Auswärtigen und verriet durch ihr Verhalten, wie ein ägypti-sches Blatt bissig bemerkt, daß sie nicht mehr Humor als Geld besitzt. Sie hat durch ihr Verhalten wieder eine formelle Entschuldigung, aber gleichzeitig ein ironisches Schmunzeln aller Eingeweihten über den Eifer erreicht, mit der sie die Würde ihres beglaubigten Vertreters durchzusetzen für nötig hielt.

+ + +

Gattenmord. In Brahlitz bei Freienwalde wurde vor einigen Tagen der 56jährige Gutsbesitzer Sydow erhängt in einem Holzschuppen aufgefunden. Die unter Mordverdacht verhaftete Ehefrau des Toten gestand am Freitag gegenüber Beamten der Berliner Kriminalpolizei, dass sie ihren Ehemann mit Hilfe ihres Schwagers Hermann Freund und dessen 20jährigem Sohn Ernst ermordet habe, um Alleinerbin des Sydowschen Grundbesitzes zu werden. Die beiden Männer ver-suchten anfangs, den Gutsbesitzer zu erdrosseln. Als ihnen dies nicht ge-lang, brachte Freund ihm vier Messerstiche bei. Sydow brach bewusstlos zu-sammen. Er wurde in den Holzschuppen geschleppt und dort erhängt, um auf diese Weise einen Selbstmord vorzutäuschen. Freund und sein Sohn bestreiten vorläufig noch jede Schuld, verwickelten sich jedoch bei ihrer Vernehmung in Widersprüche.

+ + +

Aufbruch der Gartenbauer. In der nordholländischen Stadt Alkmaar, die inmitten grosser Gemüsebaukulturen liegt, fand dieser Tage eine Gartenbauer-Demonstration statt, an der Tausende von Gemüsegärtnern, unter ihnen auch zahlreiche freigewerkschaftliche Landarbeiter, teilnahmen. Zwei Trommel-schläger gingen dem Zuge voraus. Auch verschiedene Transparente wurden mit-geführt. Bei einem Protestmeeting im Alkmaarer Busch - der Gemeindevor-stand hatte das Gelände zur Verfügung gestellt - wurden die wirtschafts-politischen Massnahmen der Regierung von Rednern der verschiedensten Rich-tungen scharf kritisiert. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass alle Reserven aufgezehrt seien und die Betriebe keinen Ertrag mehr lieferten. Wiederholt wurden Rufe laut wie: "Wir lassen uns nicht abschlachten!"



Widersprüche.

Reichsregierung will Arbeit schaffen und Reichspost Arbeitslose.

SPD. Wir leben in einer sonderbaren Welt. Da steht uns nun noch einmal ein furchtbarer Notwinter bevor, und in der Öffentlichkeit werden schon jetzt alle massgebenden und verantwortlichen Stellen bestürmt, rechtzeitig Vorsorge gegen die Not zu treffen. Die Reichsregierung ist längst durch die Macht der Tatsachen gezwungen worden, ganz ähnlich wie die Regierung Brüning den Versuch zu unternehmen, mit Hilfe von Arbeitsbeschaffung wenigstens einigermaßen noch vor Eintritt des Winters eine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeizuführen. In einem solchen Augenblick will nun die Reichspost durch Sparmassnahmen 10 000 Posthelfer auf die Strasse werfen. Zur Arbeitsbeschaffung passt das wie die Faust aufs Auge; denn die Arbeitsbeschaffung fängt doch schliesslich damit an, das man, wo immer das halbwegs möglich ist, die Arbeit erhält, d.h. keine Entlassungen vornimmt.

Bei der Reichspost wäre die Arbeitserhaltung für die Posthelfer durchaus möglich. Der Gesamtverband hat dem Ministerium einen Weg dazu gezeigt. Er fordert Massnahmen auf finanziellem und personalpolitischem Gebiet, die sowohl eine Deckung der zu erwartenden Mindereinnahmen als auch eine Entlastung der schwierigen Personalverhältnisse bieten. Der Gesamtverband ersucht das Ministerium, die aus der Gehalts- und Lohnkürzung an das Reich abzuführende Summe von 131 Millionen Mark der deutschen Reichspost zum Ausgleich des eigenen Haushalts zu sichern. Der Etat der Post wäre auch bei einer Mindereinnahme von 120 Millionen Mark ausgeglichen, wenn die Post die genannte Summe für den eigenen Bedarf verwenden würde. Sparmassnahmen wären dann überflüssig, und 10 000 Posthelfer könnten ihre Arbeit behalten. Auch von der Arbeitszeit her kann die Post sich helfen. Im Postbetriebsdienst wird noch immer bis zu 51 Stunden pro Woche gearbeitet. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit nur auf 48 Stunden wöchentlich für die Beamten und Lohnempfänger hätte längst durchgeführt werden müssen, denn im Telegraphenbau wird schon seit Jahr und Tag nur 45 und in neuester Zeit sogar nur 40 Stunden pro Woche gearbeitet. Schliesslich ist das Personal der Post zum grossen Teil überaltert. Würde die Altersgrenze für die Pensionierung der Beamten auf das 60. Lebensjahr herabgesetzt, so könnte auch damit Luft geschaffen werden.

Man sieht, absolut unmöglich ist die Vermeidung des drohenden Posthelferabbaus keineswegs. Das geht auch aus der Aussprache der Tagespresse über die Sparabsichten der Reichspost im Brief- und Paketzustelldienst deutlich hervor. Was für und wider die Sparmassnahmen spricht, wurde in der Presse im allgemeinen sachlich und objektiv dargestellt. Nur die "Deutsche Allgemeine Zeitung", das Organ der Schwerindustrie, machte eine Ausnahme. Auch die DAZ verwendet das von Seiten der Gewerkschaften der Presse zur Verfügung gestellte Material, aber sie verwendet es durchaus einseitig. Sie hat aus der Klarstellung der Gewerkschaften kurzerhand alles weggelassen, was gegen die Durchführung der Sparmassnahmen spricht. Sie verschweigt z.B., dass durch die beabsichtigten Einsparungen etwa 10.000 Posthelfer zur Entlassung kommen müssen. Sie verschweigt auch die künftigen Wirkungen für das Personal, wenn

131 Millionen RM aus den Gehalts- und Lohnersparnissen, die an das Reich abzuführen sind, der Reichspost zum Ausgleich des eigenen Haushalts verbleiben. Sogar die Auswirkungen des Wegfalls einer Teilstellung für die Geschäftswelt werden nicht erwähnt. Das Blatt bringt lediglich Ausführungen, die geeignet sind, die Sparmassnahmen der Post als erforderlich und unumgänglich notwendig erscheinen zu lassen. Und ihrem unsachlichen Verhalten setzt die DAZ dadurch die Krone auf, dass sie ihre einseitigen Auslassungen unter der Überschrift: "Notwendige Sparmassregeln der Reichspost" bringt und zwar mit der Bemerkung: "von Seiten der Gewerkschaften mitgeteilt". Durch diese Aufmachung soll der Eindruck erweckt werden, als ob die Sparmassnahmen der Post von den Gewerkschaften als notwendig angesehen werden, und als ob auch die Gewerkschaften keine Mittel und Wege zeigen, um die angeordneten Betriebseinschränkungen überflüssig zu machen. Das Gegenteil ist richtig. Aus unserer Darstellung des Sachverhalts geht das einwandfrei hervor.

Vor dem geplanten Abbau muss in letzter Stunde noch einmal aufs dringendste gewarnt werden. Dieser Abbau ist trotz der Mitteilung amtlicher Stellen, dass "noch nichts endgültig entschieden" sei, bereits im Gange. Die Einsparungsarbeiten bei den einzelnen Verkehrsämtern werden bereits mit Nachdruck betrieben. Schon jetzt werden in Voraussicht der für den 20. September vorgesehenen Einschränkungen der Briefzustellung die Zustellreviere neu eingeteilt. Auch stellt man bereits Abbaulisten auf, und zum Teil verlangt man sogar schon die Zustimmung der Betriebsvertretung zur Kündigung.

Löcher stopfen, indem man Löcher aufreisst, das ist keine Kunst. Nichts anderes aber treibt der neue Kurs, wenn die Reichsregierung Arbeit beschaffen will und die Reichspost durch Abführung von Millionenbeträgen an das Reich neue Arbeitslose schafft.

SPD. Die Verhandlungen zur Vermeidung des Streiks in der Baumwollindustrie von Lancashire sind ergebnislos geblieben. Wenn nicht irgendeine ganz unerwartete Wendung in der letzten Minute eintritt, so werden am Samstag-Mittag 200 000 Baumwollweber den Arbeitskampf beginnen. Der Punkt, an dem die Verhandlungen, die gar nicht bis zum Lohnproblem vordrangen, scheiterten, liegt in der Frage der Wiedereinstellung von Arbeitern, die in Burnley aus Protest gegen die Brechung des Tarifvertrages durch die Arbeitgeber in den Ausstand getreten sind. Die Arbeitgeber kamen so weit entgegen, dass sie diese Arbeiter bei Neueinstellungen bevorzugt berücksichtigen wollten, sie konnten sich aber nicht entschliessen, sie anstelle der von ihnen eingestellten Streikbrecher zu beschäftigen.

Man hofft, dass die Regierung intervenieren wird, weil die letzten Verhandlungen immerhin den Abstand in der Haltung der beiden Parteien wenigstens etwas vermindert haben.

SPD. Die Versorgungsanwärter sollen nun endgültig doch ein Stellenvorrecht auch in der Sozialversicherung haben. Die Gewerkschaften aller Richtungen erhoben daher dieser Tage im Reichsarbeitsministerium bei dem Staatssekretär Dr. Grieser gegen diese Bevorzugung der Versorgungsanwärter Einpruch.

Diese Bevorzugung ist absolut unbegründet; denn die Versorgungsanwärter können für die Arbeit in der Sozialversicherung am allerwenigsten einen besonderen Befähigungsnachweis erbringen. Im Gegenteil: ihre ganze bisherige

Laufbahn und Ausbildung gibt ihnen für die Aufgaben, die ihnen in der Sozialversicherung gestellt sind, nur wenig Eignung. Warum also die Versorgungsanwärter in der Sozialversicherung vor der freien Konkurrenz mit anderen Kräften schützen. Der schöne Satz lautet doch: freie Bahn dem Tüchtigen!

SPD. Die Löhne der Zigarrenarbeiter sind von jeher nichts anderes als Elendslöhne gewesen. Aber auch diese Löhne sind den Unternehmern noch viel zu hoch. Die Zigarrenindustriellen brachten es fertig, bei den letzten Tarifverhandlungen in Hamburg einen weiteren Abbau um 6 bis über 50 % zu fordern. Diese Forderung wird durch Erhebungen des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter grell beleuchtet. Während der Erhebung des Verbandes vom Jahre 1930 gegenüber der des Jahres 1928 eine Steigerung des Durchschnittsstundenlohnes um 1 Pfennig oder 2,5% nachweist, sind die Löhne 1932 gegenüber 1930 um 11,4 Pfennig oder 27,9% gesunken.

SPD. Aus Frankreich werden Durchstechereien in der Arbeitslosenunterstützung gemeldet. Der "Petit Parisien" stellt sogar auf Grund einer Statistik des französischen Wirtschaftsministeriums die Behauptung auf, dass mindestens 10% der amtlich gezählten Hauptunterstützungsempfänger ihre Bezüge zu Unrecht erhalten. Das Blatt gibt aber selbst zu, dass diese Durchstechereien in der Hauptsache auf das Schuldkonto der Unternehmer zu setzen seien. Die Unternehmer versuchten, mit Hilfe des Missbrauchs der Arbeitslosenunterstützung die Arbeiter zur Hinnahme einer Lohnkürzung zu veranlassen.

Überall dasselbe Bild: dieselben Herrschaften, die vor den Kulissen über Auswüchse in der Sozialpolitik wettern, machen hinter den Kulissen mit diesen Auswüchsen ihre Geschäftchen, ja, sie fördern diese Auswüchse.

SPD. In Melbourne (Australien) sind 3 500 Textilarbeiter in Ausstand getreten. Der Grund der Bewegung liegt in einer von den Unternehmern vorgenommenen Lohnkürzung um 15%.

SPD. Der argentinische Gewerkschaftsbund hat Generalstreik ausgerufen. Durch den Streik soll gegen ein Gerichtsurteil Protest erhoben werden, worin die Tätigkeit der Bäckervereinigung und des Syndikats der Taxenchauffeure für illegal erklärt wurde.

SPD. In Philadelphia veranstalteten 1500 Arbeitslose vor dem Rathaus eine grosse Kundgebung. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel gegen die Demonstranten vor. Fünf Personen wurden so schwer verletzt, dass sie ins Krankenhaus geschafft werden mussten. Die Führer der Kundgebung wurden verhaftet.



Die Umbaugesetze.

Schutz der Krisenopfer - Erleichterung der Krisenüberwindung - Sozialistischer Wirtschaftsumbau.

SPD. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kann für sich in Anspruch nehmen, aus der Not der kapitalistischen Gegenwart mit ihrem millionenfachen Elend der Arbeitslosigkeit einen Weg gewiesen zu haben. Sie fordert in Zusammenfassung von schon früher erhobenen Forderungen und deren Anpassung an die ökonomische Situation den großen Wirtschaftsaufbau und -umbau. Schutz der Krisenopfer ist die erste Stufe des Programms, Sofortmassnahmen zur Erleichterung der Krisenüberwindung die zweite und das in Gesetzesform gegossene Programm zum sozialistischen Umbau der Wirtschaft die dritte Stufe.

Schutz der Krisenopfer heißt in erster Linie Schutz gegen den Papen-Abbau. Unter der Regierung Brüning haben sich Kommunisten und Nazis in Radikalismus gegen die Notverordnungen überschlagen. Bei jeder Notverordnung haben sie glatt die Aufhebung verlangt, ohne auch nur die Frage zu stellen, welcher Ausgleich für die Staatsfinanzen geschaffen werden soll, wenn die der finanziellen Entlastung dienenden Massnahmen der Notverordnung aufgehoben werden. Wäre es nach diesen demagogischen Anträgen der Nazis und der Kommunisten gegangen, so hätte der Staat schon längst kein Geld gehabt, um die Arbeitslosen auch nur so kümmerlich zu unterstützen, wie es jetzt geschieht. Die Sozialdemokratie ist fern von jeder Demagogie. Sie verlangt zwar die Aufhebung der Notverordnung der Regierung Papen über den Unterstützungsraub, aber sie will den Staat nicht zum Bankrott treiben. Deshalb sorgt die Sozialdemokratie für einen gerechten finanziellen Ausgleich. Dem Staat sollen die Mittel, die er braucht, nicht vorenthalten werden. Aber sie sollen dort geholt werden, wo Opfer noch getragen werden können, also bei den Besitzenden. Deshalb verlangt die Sozialdemokratie die Einführung von Notsteuern auf den Besitz: auf die hohen Einkommen, die hohen Vermögen, die Erbschaften und den Luxusverbrauch. Weiterhin sollen die Staatsfinanzen durch die Einführung von Staatsmonopolen für Zigaretten und Rauchtabak, für die Einfuhr und den Großvertrieb von Erdöl sowie durch den Umbau des Branntweinmonopols entlastet werden. Andererseits soll der Hauptzweck der Monopole sein, volkswirtschaftlich verhängnisvolle Privatmonopole - beim Tabak- und Erdölmonopol - in die öffentliche Wirtschaft zu überführen und ungerechtfertigte Subventionen an eine Gruppe von Großagrariern - beim Branntweinmonopol - zu beseitigen.

Die zweite Gruppe der Anträge, die Sofortmassnahmen für Krisenerleichterung, gipfelt in dem Antrag auf gesetzmässige Arbeitszeitverkürzung und in einem umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramm. Hier ist bemerkenswert, daß es der Fraktion gelungen ist, für Arbeiten im Umfang von einer Milliarde Mark Hilfsquellen zu finden, ohne daß die Währung irgendwie berührt würde. Es gelang dies vor allem durch die Kombination der Prämienanleihe mit einer eventuellen Zwangsanleihe.

Bei der Arbeitsbeschaffung kam es der Sozialdemokratie darauf an, den Gedanken der produktiven Arbeitsbeschaffung mit dem der sozialen Zweckbestimmung zu vereinheitlichen. Daher fordert sie neben öffentlichen Arbeiten, Hausreparaturen und der Weiterführung der Siedlung die Wiederaufnahme der staatlichen Förderung des Kleinwohnungsbaus, die kollektive Selbsthilfe der Ar-

beitslosen nach dem Lederer-Plan und die Bereitstellung von Mitteln für die produktive Schulung jugendlicher Erwerbsloser in Berufsschulen und leerstehenden Betrieben.

Selbstverständlich geben wir uns nicht der Illusion hin, daß allein mit der Arbeitszeitverkürzung und mit der Durchführung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms die Krise restlos überwunden werden könnte, selbst wenn man die weiteren, von der Fraktion geforderten Sanierungsmassnahmen, wie die Einrichtung des Schuldeinigungsamtes, hinzunimmt und auch unsere, in einem weiteren Antrag nochmals erhobenen Forderungen nach vernünftiger Agrar- und Handelspolitik restlos erfüllt werden. Die Verwirklichung aller dieser Forderungen gehört jedoch zu den wichtigsten Vorbedingungen für die Überwindung der Krise. Aber entscheidendes zur endgültigen Beseitigung der immer wiederkehrenden kapitalistischen Krisennot kann nur geschehen, wenn endlich mit dem grundlegenden Umbau der Wirtschaft in der Richtung zum Sozialismus begonnen wird.

Das Umbauprogramm wird inhaltlich von drei großen Gedanken getragen: Verstaatlichung, Staatskontrolle und Mitwirkung der Arbeiterschaft. Die Verstaatlichung soll sich zunächst auf die Schlüsselstellungen, die sogenannten Kommandohöhen der Wirtschaft beschränken, die Großbanken, die Schlüsselindustrien (Bergbau, Eisenindustrie, Metallgewinnung, Großchemie und Zementindustrie) und den Großgrundbesitz. Daneben sollen, wie schon erwähnt, in der Tabak- und Erdölwirtschaft Staatsmonopole errichtet und alle Unternehmungen, die vom Staat bereits gestützt werden, auch von ihm übernommen werden. Das soll die erste Etappe auf dem Weg zur Sozialisierung sein.

Dem zweiten grossen Gedanken, der Staatskontrolle, wurde durch die Vertiefung der wirtschaftsdemokratischen Gedanken und durch die aktuellen Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nach Kartell- und Bankenkontrolle in den letzten Jahren schon weit vorgearbeitet. Es galt also hier, diese wiederholten Forderungen nur noch einmal zu erneuern. Sie wurden aber erweitert und vertieft durch den Einbau einer Planstelle. Selbstverständlich kann die Schaffung einer Planstelle noch nicht gleichbedeutend sein mit der Einführung der Planwirtschaft. Diese wäre in der ersten Etappe der Sozialisierung eine reine Utopie. Aber es muss ein staatliches Organ geschaffen werden, das den ganzen - wesentlich verbreiterten - Sektor der öffentlichen Wirtschaft nach einheitlichen Gesichtspunkten lenkt und darüber hinaus überall dort, wo der Staat kontrollierenden Einfluß auf die Wirtschaft ausübt und sie durch sonstige wirtschaftspolitische Massnahmen zu beeinflussen vermag, dafür sorgt, daß der öffentliche Einfluß auf die Wirtschaft nach einheitlichen Gesichtspunkten, letzten Endes nach dem Gesichtspunkt des planmässigen Zusammenarbeitens aller Glieder der Volkswirtschaft ausgeübt wird. So wird die Planstelle die Keimzelle der totalen sozialistischen Planwirtschaft werden.

Und der dritte Gedanke des Umbaus ist die unmittelbare Mitwirkung der Arbeiterschaft sowohl am Umbau der Wirtschaft als auch an der Zusammensetzung aller öffentlichen Einrichtungen. Denn Verstaatlichung und staatliche Wirtschaftsführung ohne weitgehende unmittelbare Mitwirkung der Arbeiterschaft ist Staatskapitalismus, nicht Sozialismus. Erst die innere Demokratie der Wirtschaft ebenso wie die äussere politische Demokratie macht eine Staatswirtschaft zum Sozialismus.

So zeigt das in den Anträgen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion niedergelegte Umbauprogramm den organischen Weg von der Not des Kapitalismus zur Befreiung durch den Sozialismus.

SPD. Die ungeheure Tragweite des sozialdemokratischen Arbeitsbeschaffungsprogramms wird allgemein anerkannt. Aber immer wieder wird die Frage gestellt, warum die Sozialdemokratie erst jetzt mit diesem Plan an die Öffentlichkeit tritt? Warum hat die Sozialdemokratie schwere Krisenjahre erst verstreichen lassen, ehe sie ihr grosses Programm verkündete?

Es versteht sich, daß Fragen dieser Art in erster Linie von den Gegnern der Sozialdemokratie gestellt werden, die zum Teil hämisch darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratie erst nach ihrem Übergang in die Opposition den Mut zur Aufstellung eines solchen Programms fand. Allen denen, die so fragen, muß gesagt werden, daß das Programm, das in dem Gesetzentwurf seinen Niederschlag gefunden hat, keineswegs aus der Pistole geschossen ist, sondern in den jahrelangen wirtschaftspolitischen Kämpfen der Partei und der Gewerkschaften organisch gewachsen ist. Alle entscheidenden Elemente des Programms - die Arbeitsbeschaffungsaktion, die Verstaatlichungsforderungen, die Kontrollgedanken - stammen der Idee nach aus früheren Stadien unseres Kampfes und waren zum grossen Teil schon in früheren Reichstagen zur Forderung erhoben worden. Die grosse Leistung, die jetzt vollbracht wurde, besteht darin, daß, nachdem die Gewerkschaften mit ihrem umfassenden Umbauprogramm vorgegangen waren, die grundlegenden Umbauforderungen - nach dem Stand des gegenwärtig Notwendigen und ökonomisch Verwirklichbaren ergänzt & zu einem einheitlichen, in sich geschlossenen und von einer Idee getragenen Gesamtwerk zusammengefaßt wurden.

Die Technik der Gesetzgebung schreibt den Gestaltern von Gesetzen notwendigerweise einen trockenen, nüchternen Stil vor. Und so mögen auch die Gesetzentwürfe der sozialdemokratischen Fraktion dem, der sie im Wortlaut liest, in ihrer äusseren Form des grossen Ziels, dem sie dienen, vielleicht nicht ganz würdig erscheinen. Wer aber hinter der nüchternen Form ihren Sinn zu lesen versteht, wird vom grandiosen Aufbau mitgerissen sein müssen, der in diesem Gesetzgebungswerk zu verspüren ist. Das sozialdemokratische Umbauprogramm ist der einzig mögliche Weg, die Krisenopfer zu schützen, die Krisenüberwindung zu erleichtern und die Wirtschaft im sozialistischen Sinne umzubauen.

In drei grossen Stufen ist dieser Aufbau gegliedert: Der von der Papen-Regierung sträflich vernachlässigte Schutz der Krisenopfer ist die erste Stufe, Sofortmassnahmen zur Erleichterung der Krisenüberwindung die zweite, und das in Gesetzesform gegossene Programm zum sozialistischen Umbau der Wirtschaft die dritte Stufe. Es heisst jetzt, um die Durchführung dieses Programms zu kämpfen.

SPD. In Preussen hat man sich gezwungen gesehen, zum System der Hauszinssteuerstundung zurückzukehren. Die alte preussische Regierung hatte zu dem Mittel der Mietsbeihilfen gegriffen, um sich dem Druck der Regierung Papen, der auf die Einsetzung eines Preiskommissars in Preussen hinzielte, zur Wehr zu setzen. Von vornherein wurde aber kein Zweifel darüber gelassen, daß es bei den Mietsbeihilfen nicht verbleiben dürfte und daß das System der Mietsbeihilfen so bald wie möglich verschwinden müsse. Wie richtig diese Auffassung war, zeigt jetzt die Tatsache, daß sich die neuen Gewalthaber in Preussen gezwungen sehen, zu den Hauszinssteuerstundungen zurückzukehren. Nach dieser Richtung drängte vor allem die eine Tatsache, daß es vielen Mietern angesichts der gekürzten Renten und Unterstützungen nicht möglich ist, die volle Miete zu zahlen, und schliesslich die andere Tatsache, daß man den Gemeinden das finanzielle Risiko der Mietbeihilfen nicht aufbürden konnte. Wir begrüssen, daß unsere sofort erhobene Forderung, wieder zu der Hauszinssteuerstundung zurückzukehren, nunmehr erfüllt ist.

Allerdings haben die neuen Gewalthaber in Preussen es nicht unterlassen,

bei der Neuordnung weitgehende Verschlechterungen einzuschmuggeln. So darf sich die Steuerstundung nicht mehr nach dem Existenzminimum von 200 Mark richten. Sie soll vielmehr auf die individuelle Hilfsbedürftigkeit abgestellt werden. Das ist eine ganz gewaltige Verschlechterung. Danach dürfen Steuerstundungen nur gewährt werden a) wenn Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen, und zwar in Höhe des Betrages, um den die laufende Unterstützung sonst höher sein müßte, b) soweit Mietern nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Miete nicht zahlen könnten; c) soweit die Einziehung eines der gesetzlichen Mietzinses dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist".

Selbstverständlich ist, daß diese Verschlechterungen bald verschwinden müssen. Aufmerksam zu machen ist darauf, daß der Mieter die Steuerstundung für sich in Anspruch nehmen kann, auch wenn er in Neubauten wohnt. Bei gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen ist in jedem Fall die gleiche finanzielle Hilfe zu leisten. Die neue Verordnung hat rückwirkende Kraft vom 1. Juli 1932. Soweit eine Zahlung von Mietsbeihilfen bereits erfolgt ist, ist eine individuelle Erstattung an die Fürsorgeverbände vorgesehen. Da die Fürsorgebehörden erhöhte Unterstützungen für September nicht mehr zahlen werden, können die bedürftigen Mieter, zu deren Gunsten im Juni bereits Hauszinssteuererleichterungen gewährt waren, die Septembermiete um entsprechende Beträge kürzen. Haben jedoch die Fürsorgebehörden bereits eine Entscheidung getroffen, so bleibt diese auch für die Steuerstundung maßgebend. Den Hauseigentümern ist insoweit bei der Zahlung der Hauszinssteuer am 15. September nötigenfalls durch Stundung entgegenzukommen.

SPD. Die Hansastädte, die an dem deutschen Aussenhandel in erster Linie interessiert sind, haben sich jetzt endlich aufgerafft, um gegen die Autarkiepläne der Reichsregierung zu protestieren. In den Hansastädten scheint man davon überzeugt zu sein, daß das Reichskabinett zu einer schematischen Einfuhrdrosselung, (Kontingentierung) besonders von Agrarartikeln, übergehen wird. Auch in Berliner Kreisen wird mit einer solchen Möglichkeit stark gerechnet. Eine Entschliessung, die am Freitag der Hamburger "Ehrbare Kaufmann", der das ganze Hamburger Wirtschaftsleben zusammenfaßt, angenommen hat, wendet sich in erster Linie gegen die Kontingentierung. Es wird gesagt, daß die mit Deutschland im Handelsverkehr stehenden Länder weder imstande noch gewillt seien, deutsche Industrieprodukte zu kaufen, falls sich Deutschland gegen die Einfuhr ihrer Produkte verschließe. Drosselt man die deutsche Exportindustrie, so müsse das zu handelspolitischen Gefahren und Erschütterungen führen, die Arbeitslosigkeit würde steigen, der ganze Verteilungsapparat noch mehr stocken als bisher. Der Präsident der Hamburger Handelskammer betonte, dass eine Kontingentierung die deutschen Agrarpreise nicht steigern könne. Bei Eintritt der Kontingentierung würden wohl die Preise in die Höhe schiessen. Sie würden aber bald wieder fallen, da die Kontingentierung die deutsche Kaufkraft vernichtet, von der die Höhe der deutschen Agrarpreise abhängt.

Man kann die Darlegungen des "Ehrbaren Kaufmanns" in Hamburg nur unterstreichen. Wir befürchten jedoch, daß auch dieser ehrbare Kaufmann bei der Papenregierung kein Gehör findet.

Fest.

(Berliner Getreidebörse vom 26. August)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Freitag eine recht feste Stimmung. Nach Brotgetreide, insbesondere nach Weizen bestand ziemlich rege Nachfrage. Einmal herrschte Deckungsbedürfnis; auf der anderen Seite waren die Mühlen bestrebt, grössere Mengen zur Einlagerung zu erwerben. Dabei blieb das Angebot der Landwirte minimal. Es scheint, dass grösserer Geldbedarf zurzeit bei den Landwirten nicht mehr besteht. Dazu kommt, dass viele Besitzer augenblicklich von Feldarbeiten stark in Anspruch genommen sind und keine Zeit zur Verladung von Getreide finden. Aus alledem ergab sich ein starkes Anziehen der Preise, das am Promptmarkt für Weizen und Roggen 2 Mark betrug. Am Markte der Zeitgeschäfte ging Roggen gleichfalls um 2 Mark in die Höhe, während beim Weizen sogar Sprünge von etwa 3 bis 4 Mark erzielt wurden. Am Mehlmarkt hat sich infolgedessen die Nachfrage gleichfalls, insbesondere nach Weizenmehl belebt. Die Käufer waren aber bestrebt, zu letztnotierten Preisen zu kaufen, worauf die Mühlen nicht eingingen. Infolgedessen blieb auch hier die Umsatztätigkeit sehr gering. Hafer hatte im allgemeinen stetige Stimmung. Das Angebot war klein, aber der Konsum hielt sich zurück und war nicht geneigt, erhöhte Forderungen zu bewilligen.

25.8. 26.8.

(ab märkische Station in Mark)

Weizen	205 - 207	207 - 209
Roggen	156 - 158	158 - 160
Braugerste	172 - 182	172 - 182
Futter- und Industrierogerste	156 - 163	156 - 163
Hafer	132 - 137	133 - 138
Weizenmehl	25,00-29,75	25,00-30,00
Roggenmehl	21,25-23,50	21,50-23,75
Weizenkleie	9,70-10,20	9,70-10,20
Roggenkleie	8,50- 9,00	8,25- 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsverträge: Weizen September 221-222 (217½), Oktober 222½ (218½), Dezember 224-223½ (220). Roggen September 172-171 Brief (168½), Oktober 173-171½ (170), Dezember 173-172½, Hafer September 140½ (139½), Oktober 141 (-).

Berliner Viehmarkt.

SPD. Die Märkte zeigten am Freitag durchweg Preissteigerungen, die zum Teil, besonders auf dem Schweinemarkt, auf nicht genügende Beschickung zurückzuführen war. So waren auf dem Schweinemarkt nicht ganz 7 000 Tiere aufgetrieben gegenüber 10 - 15 000 Tieren an normalen Tagen. Auch die Preissteigerung auf dem Schafmarkt dürfte auf nicht genügender Beschickung beruhen. Dagegen war die Beschickung auf dem Kälbermarkt, wo die Preissteigerung nicht so stark in Erscheinung trat, genügender.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund -(43-44), b. 240 bis 330 Pfund 46-47 (43-44), c. 200 bis 240 Pfund 45-47 (42-44), d. 160 bis 200 Pfund 42-45 (40-42), e. 120 bis 160 Pfund 40-42 (36-38), Sauen 41-43 (38-40), Schafe: a. 35-37 (34-36), b. 36-38 (35-36), c. 33-35 (32-34), d. 22-30 (22-30). Kälber: b. 44-51 (43-50), c. 35-45 (35-45), d. 20-33 (20-30), Kühe: a. 25-28 (24-26), b. 21-25 (20-24), c. 18-20 (17-20), d. 11-17 (10-16).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 26. August 1932.

Eine alternde Lokomotive.^x

SPD. Was doch für schnurrige Dinge in der Welt vor sich gehen!

Da ist gestern zwischen 5 und 6 Uhr Nachmittags (bahnzeitlich also zwischen 17 und 18 Uhr) auf der Strecke Köln - Düren plötzlich die Lokomotive eines Personenzuges von einer seltsamen, bisher an vernünftigen Verkehrskörpern noch nicht beobachteten Hysterie befallen worden. Mitten in der Fahrt - bums - bleibt sie stehen. Nicht, daß jemand die Notleine gezogen oder der Zug keine Einfahrt gehabt hätte, nein, ohne jeden plausiblen Grund bleibt sie einfach auf der Strecke stehen. Und ist nicht zu bewegen, sich wieder in Dampf zu setzen. Es dauert zwei, drei, fünf, zehn Minuten - der Zug hält immer noch. Sämtlicher Fahrgäste, des Zugführers wie des Dienstpersonals hat sich eine ansteigende Unruhe bemächtigt. Die Mehrzahl der Reisenden ist ausgestiegen. Aufgeregte Fragen und Antworten kreuzen sich. Aus dem Innern der Abteile werden etliche Schreikrämpfe laut. Man hat die Vision einer herannahenden Eisenbahnkatastrophe.

Der sanguinische Teil der Mitreisenden bricht alsbald in polternde Injurien gegen die Eisenbahnverwaltung aus und gestikuliert stürmisch mit Armen und Beinen. Das kleine Häuflein der Phlegmatiker hingegen ergeht sich in einem gewissen behaglichen Humor. Schrille Ausrufe, nervösem Maschinengewehrgeknatter vergleichbar, stehen im Kreuzfeuer mit kanonenhafte lachenden und grunzenden Schütterbässen. Auf einer Wiesenböschung hat sich ein Skatklub aufgetan. Wie ein Mensch in solch einer Situation nur derart ruhig bleiben kann!

"Ohrfeigen sollte man die Brüder!" kräht ein entrüsteter Amtsgerichtsrat, daß ihm die sämtlichen Schmisze zornzappelnd auf der Wange tanzen.

"Um Himmels willen! Gleich muß der D-Zug von Aachen hier durchlaufen!" jammert ein anderer.

Da - mitten in die Aufregung hinein, die allmählich das Gesicht einer expressionistischen Sonderausstellung angenommen hat, ruft ein Zweieinhalbzentner-Gemütsmensch: "Sie, Zugführer! Woran liegt's denn nu eigentlich?"

Dieser (der Zugführer nämlich), geradezu verbiestert durch den seelenbehaglichen Anruf, gibt die Frage automatisch an den Lokomotivführer weiter: "Ja, Sie! Woran liegt's denn nu eigentlich?"

Dieser (der Lokomotivführer nämlich) steckt seinen schweißbroten Kopf heraus und meint: "Ooch! Dat alt Frikadellche mag net mehr!"

Der Zweieinhalbzentner-Mann: "Warum denn nicht?"

Der Zugführer: "Ja, warum denn nicht?"

Der Lokomotivführer: "Se sagt, se wollt' an't Theater! Dat doll Geschirr! Se wär'n Primadonna, sagt se, on ihr stünd! die ganze Welt offe!"

"Hat sie denn Stimme?" lacht der Zweieinhalbzentner-Mann.

"Ob sie Stimme hat!?" gibt der Zugführer dröhnend weiter.

"Ach wat! Die flöt al lang op'm letzte Loch! Aber dat macht nix, sagt se, on wat die andere alt Maschine do könnte, dat könnt sie al längs! Ich sag ja, dat mach all dä moderne Kram! Nu is die alt Dampfudel kurz vor't Begrabewerde och noch glücklich übergeschnappt!"

Ein allgemeines Aufatmen, ein Begreifen der Situation und erlöstes Lachen entsteht und ballt sich riesenhaft über dem Schauplatz dieser neuesten Sensation zusammen. Ein bekannter Psychologe, der sich unter den Reisenden befindet, hat bereits seinen Konzeptblock auf dem Schoß liegen und

macht hastige Notizen. Überschrift: "Der Primadonnenvogel einer alternden Lokomotive in seinen sexual-ursächlichen Beziehungen".

Inzwischen ist von der benachbarten Station der Herr Vorsteher mit der bekannten roten Mütze eingetroffen. Er tritt wutschnaubend vor die Maschine hin und macht ihr im verflochtenen Kasernenhofstil begreiflich, daß Fahnenflucht mit dem Tode bestraft werde. Das wirkt. Die Lokomotive geht in sich. "Platz nehmen, meine Herrschaften!" Ein Sturm auf die Abteile - sich knäulende Menschenmasse (anders geht's nun mal nicht, und wenn drinnen noch so viel Platz ist! Homo sapiens! Siehe Panik!)

Endlich hört man das exakte Zuschlagen der Türen. "Achtung!" In un-nachahmlicher Würde und Gravität erhebt sich die Kommandoscheibe: Das Zeichen zur Abfahrt. Ein unendlicher Ruck - - - ein ungewolltes Sich-in-den-Armen-liegen. Sekundenschnell danach ein einziger rasender Schrei aller Todesverzweiflungen... und den Abhang hinab in die Tiefe stürzt die Lokomotive und zerschellt. Ein Augenblick, so entsetzlich, daß der Weltpuls stockt.

Aber es war mit dem Schrecken getan; die Katastrophe war verhindert worden durch die - Verbindungskurbel. Die war nämlich durchgerissen. Tief unten aber liegen die Trümmer einer dem Materialismus unterlegenen idealistisch-ekstatischen Begeisterungsfähigkeit. Mit den Worten: "Welch eine Künstlerin geht mit mir zugrunde!" gab diese letzte fühlende Maschine - einer modernen Nergine vergleichbar - ihren tönenden Geist auf.

"Und der brave Lokomotivführer? Was wurde aus dem?" fragen Sie entsetzt.

Ei, der flog im letzten Augenblick noch auf eine bis jetzt unerklärt gebliebene Weise in einem kapitalen Saltomortale mitten ins Grüne. Dort sitzt er eben jetzt quietschvergnügt auf dem Rasen, in der einen Hand ein Seidel Hofbräu, in der andern ein Frankfurter Würstchen. Und ruft der niedergesauften Lokomotive nach: "Fahr ab, Griseldis!"

Denn:

Ja, nun muss es gesagt sein. Der Kurbelkasten ist abgestellt. Das Ganze war nämlich eine Filmaufnahme, ja, samt Fahrgästen, Bahnhofsvorsteher, Kommandoscheibe und dem köln-nippes'schen Lokomotivführer, d. h. natürlich ein bekannter - Berliner Komiker ist. Sie werden ihn demnächst auf der Leinwand sehen können.

Die Hauptperson bei diesem Trickfilm war indes doch die alte Maschine mit dem Drang unters Theater - sie symbolisiert unsere heutige Kunst, die, "einem allgemeinen Bedürfnis zufolge", sich entleibt, oder, schöner ausgedrückt, den Freitod wählte.

So geschehen im "eitalter des Weltrekord.

Auf in den Boxkampf!!!

Karl Schneider-de Witt.

Heine klagt Deutschland an.^x

SPD. Die meisten Gegner Heines sitzen im Lager der Nationalisten, d. h. derer, die mit ihrem Deutschtum prunken, zum Kriege hetzen und den Rassen-schwindel mitmachen. Zur Zeit führen sie wieder einmal das große Wort. Es ist gerade in letzter Zeit deutlicher als je geworden, daß diese Leute von Volksrechten nichts wissen wollen.

Mit grossem Scharfblick hat Heine selber erkannt, weshalb ihn diese dunklen Gesellen hassen. Er ist ihnen zu populär; sie wissen, welche Macht er über die Herren besitzt. Seine klare, einprägsame Sprache, der Spiegel seiner aufrichtigen Seele, ist allen Unverbildeten verständlich. Gekünstelte oder gewundene Sätze wird man selten bei ihm finden.

Ein solcher Mann ist den Volksfeinden ein Dorn im Auge; er muß bekämpft werden bis aufs Blut. Da man ihn nicht widerlegen kann, so muß man ihn verleumden. Diese Verleumdungen sind lange für bare Münze genommen worden, auch von Männern, die sich zu den Gelehrten rechneten. Es lohnt nicht, aufzuzählen, welcher Böswilligkeiten sich der Geschichtsschreiber Treitschke, welcher Gemeinheiten sich der Atisemit Eugen Dühring gegen den Dichter schuldig gemacht hat.

Damals - im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts - lag die Heineforschung allerdings noch im argen. Heute könnte jeder über den Dichter aufgeklärt sein; denn die vergangenen 30 Jahre haben nur einwandfreie Ausgaben, verständige Lebensbeschreibungen (z.B. die von Rudolf Furst und die von Hermann Wendel) und eine Fülle von Einzelaufschlüssen über den Dichter gebracht.

Man hat dem lebenden Heine übel mitgespielt. Namentlich die preussische Regierung verfolgte ihn mit kleinlichem Hasse. Auch heute noch ist er einer der bestgehassten Männer, und man hat es bisher nicht gewagt, ihm in voller Öffentlichkeit ein Denkmal zu setzen. Ein solches Denkmal wäre ja ein stummer Vorwurf für alle, die da fortfahren, Heine zu schmähen und zu verleumden, eine laute Anklage gegen alle Lehrer und Erzieher, die ihn bei der Jugend verächtlich machen.

Was wirft man Heine denn eigentlich vor?

"Er begeisterte sich für die Ideen der Französischen Revolution". Abgesehen davon, daß dies nur in den Augen eines Dummkopfes ein Verbrechen ist: dasselbe hat Friedrich Hölderlin getan, und dieser Dichter ist doch der Liebling der Deutschtümler. "Glaube mir", schrieb Hölderlin 1792 an seine Schwester, "wir kriegen schlimme Zeit, wenn die Österreicher gewinnen. Der Mißbrauch fürstlicher Gewalt wird schrecklich sein. Glaube mir das und bete für die Franzosen, die Verfechter der menschlichen Rechte".

"Er hat die Deutschen in Grund und Boden verdammt". Dasselbe tat wiederum Hölderlin. Man lese seinen "Hyperion"! Aber Heine war ein Jude, und der Jude wird verbrannt.

"Er war ein Söldling Frankreichs". Diese Lüge scheint besonders zäh zu sein. Heute könnte jeder wissen, daß die kleine Pension, die die französische Regierung Heine eine Reihe von Jahren zahlte, auf seine Schriftstellerei keinen Einfluß gehabt hat. Es ist notorisch, daß der Minister Thiers, der dem Dichter diese Pension bewilligte, Heines politische Artikel überhaupt nicht gelesen hat, und es ist ein Märchen, daß der Dichter für das, was er nicht schrieb, bezahlt worden sei. Jeder, der die beiden Bücher "Französische Zustände" und "Lutezia" aufmerksam liest, wird zugestehen, daß hier ein Mann redet, der nur das Beste will. Heine hatte - das ist die Wahrheit - die Pension der Fürsprache der Fürstin Belgiojoso, einer aufgeklärten Dame, zu verdanken, und sie war ihm wohl zu gönnen. Sein deutscher Verleger Campe bezahlte ihn schlecht genug.

"Er hat den Dichter Platen verunglimpft". Auch das ist, in dieser Form ausgesprochen, unwahr. Heine hat Platen für eine bodenlose Gemeinheit gezüchtigt. Er war der Angegriffene und befand sich in Notwehr. Selbst der milde denkende Immermann, den Platen gleichfalls beschimpft hatte, schreibt in den "Düsseldorfer Anfängen" (1840): "Äusserst komisch war der Zorn mancher Leute, die sich öffentlich vernehmen liessen. Sie schalten uns, daß wir uns unsrer Haut gewahrt hatten".

"Er hat Wolfgang Menzel verhöhnt". Ja, und mit vollem Recht. Der Deutschtümler Menzel war ein feiger Denunziant und ein Ehrabschneider. Er hat nicht nur Heine beigeifert, sondern auch Ludwig Börne, David Friedrich Strauß und Friedrich Theodor Vischer. Heine enthüllte Menzels Machenschaften in der kleinen Schrift "Über den Denunzianten", Börne in der Selbstverteidigung "Menzel der Franzosenfresser."

"Er hat seinen Lehrer August Wilhelm Schlegel angegriffen". Jawohl, aber erst, nachdem Schlegel ihn in Hofkreisen verleugnet, ja, verdächtigt hatte. Heine hat den liebedienerischen und eiteln Mann nur nach Verdienst abgestraft. Er verabscheute nichts so sehr wie Verrat, und das gereicht ihm zur Ehre.

"Er hat Goethe und Uhland geschmäht". Das ist eine faustdicke Lüge, von Böswilligen erfunden und von Unwissenden nachgeplappert. Heines Schriften sind ja jedermann zugänglich. Nun, man zeige uns die Schmähungen! Heine hat an Goethe und Uhland nur berechnete Kritik geübt.

"Endlich das Schlimmste! Er hat Deutschland verhöhnt". Nein, er hat nicht Deutschland verhöhnt; er hat die damaligen Machthaber verhöhnt, die da glaubten, sie müßten das Volk am Gängelbände führen. Das große, geheimnisvolle Deutschland hat er geliebt und geachtet, und er hat ihm ergreifende Verse gewidmet. Junker und andere Volksfeinde sind nicht gleichbedeutend mit dem deutschen Volke. Es stünde besser um Deutschland, wenn man sich dies überall klar machte.

Der deutsche Arbeiter weiß, was er an Heine hat. Er wird nie vergessen, daß Heine einer der ersten sozialen Dichter war, und daß er stets gegen die Privilegien der Geburt und des Geldes gekämpft hat.

Gerade heute sollte man die Schriften des Dichters wieder eifrig lesen. In ihnen läßt sich ein Mann vernehmen, der das größte Recht hat, Deutschland anzuklagen, nicht das arbeitende und um die Freiheit kämpfende, sondern das offizielle Deutschland und alle die, die sich von ihm mißbrauchen lassen oder ihm freiwillig Gefolgschaft leisten.

Karl Quenzel.

----- Der Ursprung des Lebens.^x -----

Bruno H. Bürgel, weiten Kreisen durch seine früheren Bücher "Aus fernen Welten", "Vom Arbeiter zum Astronomen" und viele andre bekannt, veröffentlicht Anfang September im Verlag Ullstein ein neues Werk "Die Weltanschauung des modernen Menschen". Mit Erlaubnis des Verlages veröffentlichen wir schon heute den nachfolgenden Abschnitt.

SPD. Vor einem Jahrzehnt etwa trat in Spanien eine bis dahin ganz unbekannte Krankheit auf, die sich nach Art der Epidemien sehr schnell ausbreitete. Die näheren Umstände bewiesen, daß als Erreger der Krankheit eine bislang unbekannte Bakterienart anzusehen sei. Rätselhaft war nur, woher die gefährlichen Kleinlebewesen plötzlich kamen und weshalb sie und ihre Wirkungen auf den Menschen vorher nicht beobachtet wurden. - Damals griff ein bekannter spanischer Arzt eine Idee auf, die zuerst vor etwa sechzig Jahren ein deutscher Kollege von ihm, Dr. H. E. Richter, geäußert hatte, nämlich, daß unter Umständen solche niederen Lebewesen aus dem Weltenraum zu uns kommen könnten. In der Tat, meinte der Spanier, hat man zuweilen den Eindruck, als ob solche plötzlich auftretenden, bis dahin nie beobachteten Krankheiten "vom Himmel fallen". Warum sollten nicht gleich den Sternschnuppen und Meteoriten, die ja Trümmer von fremden Welten sind und in großer Zahl in unsere Erdatmosphäre einbringen, so primitive Lebenskeime, wie es die Bakterien sind, zu uns gelangen können?

Dieser Gedanke erscheint im ersten Augenblick ausserordentlich phan-

tastisch. Dennoch ist er von hervorragenden Gelehrten sehr ernsthaft behandelt worden, so von dem bedeutenden Botaniker Ferdinand Cohn, dem weltbekannten Physiker William Thomson, dem Schweden Svante Arrhenius, der die astronomischen und physikalischen Möglichkeiten sorgsam berechnete.

Im Grunde interessiert man sich für diese Frage vor allem deshalb, weil man irgendeinen Ausweg sucht aus dem großen Irrgarten, in den man hineingerät, wenn man sich mit dem uralten Problem "Leben" befaßt. Es ist dabei gleichgültig, ob der erste Lebenskeim hier oder auf einem andern Planeten entstand. Wenn er aber einmal entstand, durch irgendeine komplizierte Zusammenwürflung der Atome der verschiedensten Stoffe, so kann er auch heute noch und fort und fort entstehen. Freilich, wir haben solchen geheimnisvollen Urlebensstoff nirgends angetroffen, und wenn man wirklich einmal glaubte, seiner habhaft geworden zu sein (wie Huxley, der im Schlamm des Meerbodens eine schleimige, eiweißartige Masse fand), erwies es sich später als Täuschung.

Dennoch geben wir keineswegs die Hoffnung auf, daß es der Wissenschaft einmal gelingen könnte, in die geheimnisvolle Werkstatt der Natur einzudringen und aus der Retorte Gebilde erstehen zu lassen, die hinüberführen zu den Urformen des Lebens. Faustens Famulus Wagner wollte den "Homunkulus", den künstlichen Menschen, im gläsernen Kolben kristallisierend organisieren; so weit versteigen wir uns heute nicht! -

Die Urlebenszeit kannte sicher nur Einzeller, und wenn es der Forschung gelingen sollte, auch nur die primitivste lebende Zelle zu schaffen, wäre das Problem im Kern gelöst.

Ein vermessener Gedanke fürwahr! Ist das aussichtslos? Es scheint doch nicht so. Es sind Eiweißstoffe, die die Zellen aufbauen, und zwar scheinen es nach den Untersuchungen von Unna und anderen verschiedenartige Eiweißstoffe zu sein, die in der Zelle mit- und gegeneinander arbeiten, gegenseitige Spannungszustände in der kleinen, lebenden chemischen Fabrik erzeugen und so die Räder treiben. Unendlich kompliziert aber ist das Eiweiß zusammengesetzt; Atome von Kohlenstoff, Stickstoff, Sauerstoff, Wasserstoff, Phosphor, Schwefel bauen in verwickeltester Weise die kleinsten Bausteine eines lebenden Körpers, die Eiweiß-Molekel, auf. Sehr schwierige Arbeiten von Emil Fischer, Abderhalden und anderen Gelehrten haben Licht in diese Werkstatt des Lebens gebracht, ja man hat aus den Amino-Säuren eiweißähnliche Stoffe zu erzeugen vermocht. Aber von da bis zur Erzeugung lebender Zellen ist noch ein weiter Weg. Eine Taschenuhr besteht aus Rädern, Federn, Schrauben, Lagern usw., aber wenn wir diese Dinge in ein kleines Gehäuse hineinwerfen und durch-einanderschütteln, hundertmal und tausendmal, so entsteht noch lange keine Taschenuhr daraus. Eine kniffliche Sache, wie in der lebenden Zelle die Eiweißmoleküle aufeinander wirken, damit das Uhrchen tickt, will sagen zur Außenwelt in Beziehung tritt, Nahrung aufnimmt, verbrauchte Stoffe ausscheidet, kurzum einen "Stoffwechsel" vollzieht, und eben das ist ja primitivste und selbstverständlichste Lebensäußerung; dadurch unterscheidet sich ja erst der Rosenstock von dem toten Pfahl, an der er angebunden ist!

Was für ein gewaltiges Aufsehen erregte es, als es Leduc in Nantes und Professor Otto Lehmann in Karlsruhe gelang, "scheinbar lebende Kristalle" zu erzeugen. Gewisse Salze in Gelatine gebracht, erzeugen dort Gebilde, die eine verblüffende Ähnlichkeit mit primitiven Lebewesen haben; sie bewegen sich wie jene, wachsen, teilen sich, nehmen Formen an, die den Unkritischen fast davon überzeugen, hier mitten in die Werkstatt des Lebens hineinzuschauen. - Ohne Zweifel wirken sich da physikalische und chemische Kräfte in sehr eigenartiger Weise aus, vielleicht durchaus so, wie sie sich in einzelnen Lebewesen auswirken, aber dennoch sind es eben noch keine Lebewesen, die wir vor uns sehen.

Indessen, es bestärken solche Arbeiten den Glauben, daß man bis zu dem großen Geheimnis vordringen kann, wenn nicht heut, so in hundert Jahren, und mit Recht hat man darauf hingewiesen, daß vielleicht die schöpferische Erde-

natur selber Jahrzehntausende brauchte, ehe sie aus einem Zwischenstadium zwischen unorganischer und organischer Materie, aus einem Urschleim, der noch keineswegs lebende Zellen absonderte, die ersten, bakterienähnlichen Wesen erstehen ließ. -

Aber es hat auch von jeher die Ansicht bestanden, daß primitive Lebenskeime von Anfang an überall im Weltall vorhanden sind, es in Form von sehr winzigen Körperchen, nach Art der Bakteriensporen, durchschwirren und, auf irgendeinen Stern niederfallend, dort eben eine Weiterentwicklung einleiten, wenn die Verhältnisse auf jener Welt günstig liegen. - Obwohl dieser Gedanke mit modernen Anschauungen über den Aufbau und das Werden materieller Teilchen nicht recht vereinbar ist, kann doch nicht bestritten werden, daß solche winzigen Bakteriensporen sehr wohl von einem Stern zum andern zu gelangen vermögen. Zu Milliarden werden solche winzigen Lebenskeime in den höchsten Schichten unserer Atmosphäre schweben und sicher auch in den Luft-hüllen anderer, der Erde ähnlicher Gestirne. Wir wissen heute, daß solche Körperchen durch den Druck des Sonnenlichtes in das Weltall hinausgetrieben werden können und so auch von einer Welt zur anderen zu gelangen vermögen. Die ungeheure Lebenszähigkeit der Bakterien befähigt sie zur Überstehung solcher kosmischen Reisen, und wie tote Materie in Gestalt von Sternschnuppenkörperchen und Meteoriten aus dem All zu uns kommt, so sendet vielleicht das Leben seine äussersten Vorposten von Stern zu Stern. - - -

Fakir-Rätsel.^x

Seltsame Suggestionserlebnisse in Indien.

SPD. Die seltsamen Fähigkeiten indischer Fakire und Zauberer sind oft beschrieben und kritisiert worden. Aber trotz aller Mühe, sie zu ergründen, ist bisher noch kein europäischer Forscher hinter die Geheimnisse der indischen Hexenmeister gekommen. Die folgenden Ausführungen schildern zwei seltsame Erlebnisse mit indischen Fakiren.

Das Opfer des Fakirs.

Wenn man in Zentralindien irgendwo abseits vom Wege bei einem dort schon jahrzehntelang ansässigen Engländer zu Gaste ist, so wird man manche wunderliche, phantastische Geschichte zu hören bekommen, meist über heilig gesprochene Fakire, die dem Volke übersinnliche Kräfte vorgaukeln. So hörte ich einmal in Zentralindien bei einem Engländer folgende fast unglaubliche Geschichte, ein Experiment eines Fakirs, das der Engländer vermeinte, erlebt zu haben.

Ein Fakir kam mit einigen Gehilfen in eine kleine indische Stadt, wo er auf einem kleinen Platze mitten in der Stadt eine Vorstellung ankündigte. Es war kurz vor Sonnenuntergang, als der Fakir inmitten der um ihn einen Kreis bildenden Menge ein langes, dickes Schiffstau in die Luft warf. Der Strick schien durch irgend eine Kraft in der Luft festgehalten zu werden. Man konnte ihn verfolgen, bis in den Himmel ragend. Alle Augen waren auf das Tau gerichtet. Nun gebot der Fakir einem seiner Gehilfen, einem etwa vierzehnjährigen Knaben, hinaufzuklettern, was dieser auch sofort tat. Die Umstehenden sahen den Jungen tatsächlich Stück für Stück ungefähr 20 Meter hoch den Strick hinaufklettern. Nach einer Weile rief der alte Fakir, er solle herunterkommen. Der Junge antwortete, er wolle oben bleiben. Auch einer zweiten Aufforderung des Fakirs leistete er keine Folge. Darüber scheinbar ergrimmt, ergriff der Fakir ein großes beilartiges Schlachtmesser und kletterte gleichfalls hinauf. Nun sahen die Zuschauer, wie sich in der Luft am Seil ein Kampf abspielte, in dessen Verlauf Glied für Glied des Jungen, vom Fakir mit einem Schlachtmesser vom Körper getrennt, auf die Erde herniederfiel. Die

Menge hörte deutlich den Aufschlag der einzelnen Gliedmaßen. Nachdem Kopf und Leib des Jungen heruntergefallen waren, kletterte der Fakir herab, sammelte die einzelnen Teile unter einem Stück Tuch, und - - - der Junge stand gesund und munter auf dem Platz unter dem Seil. Dann zog der Alte das Seil ein und verschwand.

Gleich zu Beginn hatte der Fakir den Umstehenden eine Geschichte erzählt, scheinbar oben beschriebenen Inhalts, und durch die suggestive Kraft seiner Sprache und seiner Gebärden wurde seine Erzählung den Zuschauern zu einem blutigen, wirklich erlebten Ereignis.

Die Rosablume des Fakirs.

Eine andere interessante Begebenheit erlebte ich selbst kurz vor der Abfahrt unsres englischen Dampfers in Bombay, der nach Europa zurückfuhr. Der Dampfer lag an der Kaimauer, und wir standen an der Reeling und winkten unsern Freunden zu. Unten auf der Kaimauer, hart an der Aussenwand des Schiffes, ließ sich ein Fakir nieder. Interessiert schauten wir herunter. Nachdem er giftige Schlangen durch seine weiten Ärmel hatte kriechen lassen, die dann, nachdem sie durch alle Bein- und Leibkleider gekrochen waren, in einen Korb eingesperrt wurden, nahm er zwei Hände voll Sand, machte daraus ein kleines Häuflein auf den Steinen, steckte ein winziges Samenkorn hinein und ließ innerhalb weniger Minuten eine prächtige rosablühende, etwa 30 Zentimeter hohe Pflanze erstehen. Wir lachten über diesen Scherz, doch als ein Engländer hinunterging und sich ein frisches, saftiges Blatt abgepflückt hatte, außerdem ein weitverzweigtes Wurzelsystem feststellte, war unser Staunen groß. Wir glaubten anfangs, von oben eine künstliche Blume zu sehen, wie sie so oft in europäischen Variétés gezeigt wird. Es war aber eine echte Pflanze - nachdem zu urteilen, was wir festzustellen vermeinten.

Der Dampfer fuhr ab, nachdem der Fakir mit reichlich "Bakschisch" (Trinkgeld) belohnt worden war. Wir besahen uns nochmals genau das natürliche, grüne Blättchen, das der Engländer abgepflückt hatte; dann legte dieser es zwischen die Seiten seines Notizbuches. Als wir Aden an der Südspitze Arabiens hinter uns hatten und ins Rote Meer einfuhren, kamen wir Abends an der Tafel wieder auf das Kunststück des Fakirs und seine seltsame Blume zu sprechen. Die in Aden neu eingestiegenen Reisegenossen wollten das Blättchen sehen, und der Engländer griff nach seinem Notizbuch, um es hervorzuholen. Das Blatt war nicht darin, auch nicht die Abdrücke einer gepreßten frischen Pflanze.

In Wirklichkeit hatten wir gar kein Blatt gesehen, der Engländer hatte überhaupt keins abgerissen, und der Fakir hatte wohl auch gar keine richtige Pflanze "hervorgezaubert". Während er bei der Schlangenvorführung durch die Kraft seiner Sprache alle Zuschauer hypnotisierte, bildeten sich diese ein, das so Gesprochene, oben Beschriebene alles wahrhaftig erlebt zu haben. Die Suggestion hatte jedenfalls noch mindestens eine Stunde nach Abfahrt des Dampfers ihre Kraft nicht verloren.

Giselher Mumm.

SPD. Peinliches Bedauern.^x Zeitungsnotiz: "Jeder, der Herrn Stadtrat Knack kennt, wird bedauern, zu hören, daß er gestern einen schweren Autounfall hatte, jedoch nicht, wie wir in unsrer Morgenausgabe berichteten, getötet wurde. Er erlitt nur leichte Verletzungen."

Stecke zwei Pennys in deine Börse, und sie werden zusammenkriechen.
Schottisches Sprichwort.

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Vertriebsstelle:
J. K. F. F. F.
Verleger: Kurt Schumacher 4198-4199



Redaktion für Druck und Schriftleitung:
Berlin O 20 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckmeister: Gopelberg

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund bestimmter Nachrichten erstellt. Abnahme innerhalb 4 Wochen
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders verordnet. D. Gopelberg für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 27. August 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Verwilderung der Moral.

SPD. Es ist erst wenige Jahre her, seit im Reichstage ein lächerlicher Kampf um ein lächerliches Gesetz geführt wurde, das sich "Gesetz gegen Schmutz und Schund" nennt und den Zweck verfolgt, gegen gewisse Ausschreitungen der Literatur vorzugehen. Es war ein demokratischer Reichsinnenminister, der dieses Gesetz mit besonderer Wärme vertrat, und dem soeben verstorbenen christlich-sozialen Abgeordneten Pastor Mumm wird in den Nachrufen seiner Partei besonders hoch angerechnet, dass er sich in diesem Kampf gegen Schmutz und Schund hoch verdient gemacht habe.

Seit das Gesetz in Kraft ist, haben die Polizeibehörden gewiss manches getan, um die Auslagen einiger grosstädtischer Buchhandlungen zu kontrollieren und hier und dort auch irgend eine Schrift, die sonst in der Öffentlichkeit unbeachtet blieb, mit dem "strafenden Arm der Gerechtigkeit" zu erfassen. Aber der wirkliche Schmutz und der wirkliche Schund ist damit nicht aus der Welt geschafft. Er hat im politischen Leben vielmehr einen Umfang erreicht, der geradezu grauenerregend ist. Man braucht nur die Blätter der Nationalsozialistischen Partei anzusehen, besonders im Zusammenhang mit der Besprechung des Urteils gegen die Mörder von Potempa, um zu erkennen, wie tief alle bisherigen Begriffe von politischer Sauberkeit ins Bodenlose versinken. Was in den Organen der Hitlerpartei an politischer Gemeinheit, an schmutziger Verleumdung und an schamloser Aufhetzung geleistet wird, davon hatte man in weiten Kreisen noch vor wenigen Jahren keine Vorstellung.

Die Verwilderung und Verzerrung aller politischen Begriffe ist freilich nicht neueren Datums. Solange die Republik besteht, hat sich die nationalistische Agitation mehr oder weniger auf dem gleichen Boden bewegt. Alle Führer der Republik, von Erzberger und Rathenau an über Stresemann, Hermann Müller und Brüning hinweg, sind in der gleichen Weise persönlich verdächtigt und geschimpft worden, um wie Erzberger und Rathenau den Kugeln der meuchelmörder zum Opfer zu fallen oder vorzeitig im Kampfe dahinzusiechen. Wenn wir in diesem Zusammenhang auch an Friedrich Ebert erinnern, der in seiner schlichten Würde weit über dem Toben der nationalistischen Meute stand, aber seit Beginn der Republik von ihr dauernd mit Angriffen auf seine persönliche Ehre verfolgt wurde, so schliesst das nicht den Reigen, aber es vervollständigt ihn.

Aus demselben Material, wie diese früheren Verleumdungen, sind auch die Dolche geschmitten, mit denen jetzt wieder das "nationale Deutschland", das angeblich in der Nationalsozialistischen Partei organisiert ist, die Ehre der politischen Gegner und die Begriffe politischer Moral zu vernichten. Man muss sich den Tatbestand von Potempa immer wieder vor Augen halten: ein Trupp von Landknechten, die in der braunen Salzsteueruniform sich in den sogenannten Heimen der Nationalsozialisten herumtreiben, wird nächtlicherweile alarmiert, von einem Orte Oberschlesiens zum anderen und zu einem weiteren transportiert, dort von einem ehemals kommunistischen und jetzt nationalsozialistischen Gastwirt und Gemeindevorsteher mit Alkohol traktiert und dann auf ein bestimmtes Opfer losgelassen. Dieses Opfer ist ein kommunistischer Arbeiter, der nächtlicherweile

aus dem Bett geholt wird, das er als Proletarier mit seinem erwachsenen Bruder teilen muss, und er wird von dieser Landsknechtsgesellschaft in so viehisch brutaler Weise misshandelt, dass er sozusagen buchstäblich unter ihren Stiefel absätzen sein Leben aushaucht!

Wenn irgendwo und irgendwann die schärfste Strafe möglich und notwendig war, dann in diesem Falle. Aber was geschieht als Antwort auf das Urteil, das ein von den Nationalsozialisten stürmisch verlangtes Sondergericht gegen diese Banden fällt? Der "Führer" der Nationalsozialisten nennt die Mordbuben seine "Kameraden", denen er "in unbegrenzter Treue verbunden" bleibe. Er beschimpft in einem wirren Aufruf die Reichsregierung, die die Sondergerichte auf seinen Wunsch eingesetzt hat, als die "Regierung der Hinrichtung" und kündigt den schärfsten Kampf um die Befreiung der Mordgesellen an. In seinem Sinne verüben seine "Soldaten" in Beuthen unter Führung des Fememörders Heines die wütesten Ausschreitungen, die von Plünderungen begleitet sind. Und in der sogenannten Presse seiner Partei wird ein Hexensabbath aufgeführt, der seinesgleichen sucht Nicht nur, dass der Goebbels öffentlich erklärt, die Juden seien schuld an dem Beuthener Vorfall und deshalb müsse sie die Strafe des teutonischen Himmels treffen, auch der Ermordete wird ohne Scham zu einem "polnischen Jnsurgenten" gestempelt, gegen den nach nationalsozialistischer Auffassung jede Mordtat erlaubt zu sein scheint.

Zwar ist der Kampf um das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland schon 12 Jahre her, aber noch heute gebärden sich die Nationalsozialisten so, als ob jeder, der beim Abstimmungskampfe von 1920 für Polen stimmte, Freiwild für die Braunhemden sein dürfe. In dieser Auffassung werden sie bestärkt durch einen Teil der bürgerlich-nationalistischen Presse, dem jeder Blick für politische Möglichkeiten abhanden kommt, sobald ihm das Braun der Hitlerei vor Augen kommt Wenn ein Blatt wie die "Hamburger Nachrichten", das einst als Organ Bismarcks galt und daher einigen Ruf besitzt, der Meinung Ausdruck geben kann, bei der Ermordung des kommunistischen Arbeiters Pietrzuch handle es sich nicht um einen Gewaltakt gegen einen "deutschen Volksgenossen", sondern um die "Beseitigung eines polnischen Halunken, der zudem noch Kommunist war", also eines "zweifachen Minuamenschen", der "das Recht auf deutschem Boden zu leben längst verwirkt" habe, so zeigt das einen Abgrund politischer Moral, der kaum auszumessen ist. Die Behauptung, es habe sich bei der Abschlagung des kommunistischen Proletariats um den "Grenzkampf zwischen germanischen Edelmenschen und polnischen Untermenschen" gehandelt, verstärkt noch den niederzerrenden Eindruck, den die Roheit der Gesinnung hervorruft.

Aber dieser Kampf zwischen "Edelmenschen" und "Untermenschen" erhält sein besonderes Gesicht durch die Feststellung, dass nicht nur eine Reihe der an dem Mord Beteiligten ausgesprochen polnische Namen tragen, sondern auch dadurch, dass einer der zum Tode verurteilten Mörder, also ein "germanischer Edelmann" tatsächlich während des Abstimmungskampfes als "Jnsurgent" auf polnischer Seite kämpfte, dann sich in den deutschen Selbstschutz schlich, dort Lockspitzeldienste für die französische Besatzung leistete und schließlich in die französische Fremdenlegion eintrat. Erst als er von dieser wegen eines kriminellen Verstoßes weggejagt wurde, kam er nach Deutschland zurück und wurde nun SA-Mann und als solcher ein "Kämpfer für Deutschlands Ehre", den Hitler mit Stolz seinen "Kameraden" nennt! Er vervollständigt damit nur die Liste der kriminellen und politischen Verbrecher, die das braune Heer des Dritten Reiches bilden helfen.

Es scheint, als ob das deutsche Volk wirklich durch alle Niederlagen des politischen Schmutzes wandern muss, um endlich doch wieder den Blick frei zu bekommen für die Notwendigkeit geistiger Auseinandersetzungen, die durch die Schlammflut von heute völlig verachüttet zu sein scheint!

SPD. Beuthen, 27. Aug. (Rig.Drahtb.)

Die Nationalsozialisten suchen die Mörder von Potempa mit der Behauptung reinzuwaschen, sie hätten nur einen früheren Insurgenten "erledigt", darum verdienten sie nicht Strafe sondern des Vaterlandes Dank. Abgesehen von der durch solche Aeußerungen bekundeten politischen Verrohung werden durch sie die ober-schlesischen Interessen im ganzen aufs schärfste gefährdet. Erklärt man die Bevö-kerung, die während der Abstimmungskämpfe für Polen eintrat, in Deutschland für vogelfrei, werden die polnischen Nationalisten keinen Augenblick zögern, die starke deutsche Minderheit in Ostoberschlesien genau so zu behandeln. Die Deut-schen jenseits der Grenze müssten dann zu Tausenden für die Greuel diesseits der Grenze büßen. Aber die Argumentation der Nationalsozialisten ist auch sonst falsch und unmöglich. Das beweist der Fall Gräupner im Potempa-Prozess. Gräupner ein Hauptbeteiligter bei der Ermordung des Arbeiters Pietrzuch und Hitlers "Kame-rad", wird von der ganzen deutschen Nazipresse als Held und Märtyrer gefeiert. Er ist alles andere, nur das nicht! Wie jetzt ermittelt wurde, ist der zum Tode verurteilte Gräupner selbst ein alter Insurgent. Gräupner war im Jahre 1919 be-reits auf polnischer Seite zu finden. 1920 kam er in Friedenshütte zu dem deut-schen Selbstschutz und betätigte sich dort als Lockspitzel in Diensten der fran-zösischen Besatzungstruppe. Er verriet den Franzosen sämtliche Abwehraktionen der Friedenshütter Selbstschutzes. Als kurz vor der Abstimmung am 21. März 1920 der Selbstschutz eine Sicherung der deutschen Wahlinteressen plante, wurde diese durch Gräupner den Franzosen mitgeteilt, die daraufhin eine Anzahl Kämpfer für die deutsche Sache verhaftete und zu schweren Kerkerstrafen verurteilte. Zu glei-cher Zeit verriet Gräupner ein deutsches Waffenlager, das von den Franzosen aus-gehoben wurde. Hierbei wurde Gräupner entlarvt. Innerhalb des Selbstschutzes wur-de beschlossen, an Gräupner wegen fortgesetzten Verrats ein Femeurteil zu voll-ziehen. Gräupner flüchtete aber rechtzeitig zu den Polen und kämpfte als Insur-gent gegen die deutsche Sache. Bei dem Abzug der französischen Besatzungstruppe ging er mit dieser und trat in die Fremdenlegion ein. Vor einigen Jahren kehrte er aus der Fremdenlegion zurück, und heute ist er Hitlers Kamerad und National-heiliger der Nationalsozialisten! Viel Glück dazu!

SPD. Stuttgart, 27. Aug. (Eig.Drahtb.)

In der Wahlnacht vom 9. zum 10. April waren in der Stuttgarter Vorstadt Hedelfingen Kommunisten und Nationalsozialisten, die beiderseits als Plakatschutz tätig waren, aufeinandergestossen. Dabei hat der 51 jährige Kommunist Gräter einem der Gegner mit einem Messer an der linken Brustseite eine schwere Stich-wunde beigebracht. Auch die anderen Nationalsozialisten wurden von den Kommuni-sten durch Schläge mißhandelt. Die Anklagebehörde hatte deshalb gegen sieben Kom-munisten einen Prozess wegen erschweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit gemeinschaftlich verübter gefährlicher Körperverletzung aufgezogen. Die Beweis-aufnahme vor der Grossen Strafkammer Stuttgart liess die Vorgänge jedoch teilwei-se in wesentlich anderem Lichte erscheinen, sodass selbst der Staatsanwalt aner-kennen musste, dass die meist älteren Kommunisten sich durch das Benehmen der we-jüngeren Nationalsozialisten belästigt fühlen mussten. Das Gericht liess deshalb auch die Anklage wegen Landfriedensbruchs fallen und verurteilte den Hauptange-klagten Gräter wegen Körperverletzung zu 10 Monaten, einen zweiten zu 4, einen dritten zu 3, zwei weitere zu je 2½, einen sechsten zu 1 Monat Gefängnis und sprach den siebenten frei.

SPD. Stuttgart, 27. Aug. (Eig.Drahtb.)

Unter der Ueberschrift: "Was will das Zentrum?" veröffentlicht das Landes-organ des württembergischen Zentrums am Sonnabend einen längeren Artikel, der, wie es selbst sagt, den Sinn einer etwaigen Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten aufzeigen soll. Ob die Versuche zur Herbeiführung einer sol-

chen Zusammenarbeit von Erfolg sein werden, lasse sich noch nicht sagen. Die Verhandlungen gingen weiter und es sei noch keine Möglichkeit verbaut. Vor allem habe sich "die praktische Form der Zusammenarbeit" zwischen den beiden Parteien zur Stützung einer Regierung noch nicht herausgebildet. Doch dürfe es heute schon als feststehend betrachtet werden, "dass es zu keiner Koalitionsregierung alten Stils kommt". Diese werde schon durch die Verschiedenheit der inneren Einstellung beider Parteien zum Parlamentarismus verhindert. Es sei ausgeschlossen, dass sich die Nationalsozialisten mit der Erscheinungsform des Parlamentarismus seit 1918 abfinden. Das Zentrum hingegen hoffe, dass der "Anschauungsunterricht", den die Regierung Brüning bezüglich des Parlaments und seiner Rechte gegeben habe, auch die künftige Einstellung befruchten werde. Auf jeden Fall gehe das Zentrum davon aus, dass eine Zusammenarbeit von Zentrum und Nationalsozialisten im Reich unter einem ähnlichen Regime erfolgt wie unter Brüning. Die starke Position, die in den letzten Jahren dem Amt des Reichspräsidenten zugewachsen ist, brauche nicht beseitigt zu werden, soweit nicht die unerlässlichen Rechte des Parlaments und die Vorschriften der Reichsverfassung davon berührt werden.

Der Artikel wendet sich sodann lebhaft gegen die in den letzten Tagen in gegnerischen Blättern geäußerte Unterstellung, dass das Zentrum bei seinem Bemühen um eine Verständigung mit den Nationalsozialisten "nur aus Machtstreben" handele. Es hält dem entgegen, dass diese Änderung der Taktik für das Zentrum, dessen scharfe Kampfesstellung zu den Nationalsozialisten bekannt sei, "eine ganz ungeheuer schwere Belastung" wäre, von der noch nicht gewiss sei, wie es sie ertragen werde. "Um einer Machtposition willen nimmt man nicht alle die Wagnisse und Gefahren in Kauf, die im Gefolge eines Zusammenarbeitens mit den Nationalsozialisten auftreten würden." Es sei allein die Sorge um das Schicksal Deutschlands, die den Antrieb des Zentrums bilde. Der Nationalsozialismus dürfe nicht durch längeres Fernbleiben von der Verantwortung weiterer Radikalisierung anheim fallen. Ebenso dürfe die jetzige Regierung nicht durch das Fehlen einer parlamentarischen Mehrheit zu rein diktatorischen Massnahmen getrieben werden. "Angesichts dieser Gefahren fühlt die Zentrumspartei ihr Verantwortungsbewusstsein aufs stärkste angesprochen", zumal nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Hitler und der Reichsregierung kein anderer Weg mehr offen geblieben und es sehr gewagt sei, alles auf die eine Karte "Präsidialregierung mit dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten" zu setzen.

SPD. Mit einem Wohnungsakandal beschäftigt sich ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags. Das Gebäude der früheren Stadtvogtei am Molkenmarkt in Berlin, das früher Gefängniszwecken diente, ist zu Anfang dieses Jahrhunderts vom Preussischen Staat verpachtet worden. Die Erben des Pächters, die die alte Stadtvogtei gegenwärtig an 110 Familien zu Wohnzwecke vermietet hätten, fordern für die "völlig verfallenen Räume ohne Licht, ohne Ofen und Kochgelegenheit, ohne Treppen- und Flurbeleuchtung, ohne Waschküchen, Keller- und Bodenräume, mit mangelnden Toiletteverhältnissen und mit Ungeziefer durchsetzt" Mietpreise, die weit über den Mieten in Neubauwohnungen lägen. Der Reichskommissar soll, so verlangt der sozialdemokratische Antrag, vom Landtag ersucht werden, den Erbpachtvertrag wegen Verstosses gegen die guten Sitten sofort zu lösen und Mittel bereitzustellen, entweder zum Ausbau der Räume in Verbindung mit Herabsetzung der Mieten oder, falls das technisch nicht mehr möglich sein sollte, zur anderweitigen Unterbringung der Mieter.

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtag hat folgenden Antrag eingebracht: "Die steigende Tendenz der Fleischpreise lässt es dringend geboten erscheinen, von reichswegen sich um die Fleischversorgung der minderbemittelten Bevölkerung zu kümmern. Um diesen grossen Bevölkerungskreis wieder an

Frischfleischverbrauch teilnehmen zu lassen und dadurch zugleich auch den Fleischabsatz zu heben, beantragen wir: Der Landtag wolle beschliessen, den Reichskommissar zu ersuchen, seinen Einfluss bei der Reichsregierung dahin geltend zu machen, dass ab 1. September 1932 wieder die Frischfleischverbiligungsaktion in Kraft gesetzt wird."

SPD. Amsterdam, 27. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der Amsterdamer Internationale Weltkongress gegen den Krieg, der im wesentlichen unter kommunistischem Einfluss steht, wurde im größten Hallenbaus Amsterdams in Anwesenheit von etwa 2 000 Delegierten aus allen größeren Ländern der Welt heute mittag eröffnet. Dem aus etwa 100 Personen bestehenden Präsidium gehören Henri Barbusse, dann der Präsident des indischen Kongresses Patel, Klara Zetkin und andere Persönlichkeiten an. Zahlreiche Begrüßungsansprachen wurden gehalten, von denen die Rede des greisen Inders Patel mit besonderem Beifall aufgenommen wurde. Zu irgendwelchen Zwischenfällen kam es nicht.

SPD. Die Reise Papens nach Neudeck zum Reichspräsidenten soll nun am Montag erfolgen, nachdem Papen am Sonntag vor dem westfälischen Agrarier-tag das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung verkündet hat. Aber Papen wird nicht allein nach Neudeck reisen. Er wird begleitet vom Innenminister Gayl, dem das Verfassungsessen untersteht, vom Reichswehrminister von Schleicher und vom Staatssekretär beim Reichspräsidenten Meißner. Man munkelt, dass bei der Konferenz außer dem Wirtschaftsprogramm auch noch weiter gehende Pläne erörtert werden, besonders solche, die sich auf das Verhältnis zum Reichstag und auf das nach der Reichstagstagung beziehen. Die Gerüchte über weitreichende Angriffe auf den Kern der Weimarer Verfassung erhalten jetzt wieder neue Nahrung. Jedoch wird auch versichert, daß das Zentrum einen Vertreter - wahrscheinlich den Abg. Joos - nach Neudeck entsenden werde, um den Reichspräsidenten, der sich von der politischen Zentrale fernhält, über die Möglichkeiten zu informieren, durch Verhandlungen zwischen Zentrum und Nazis eine, wenn auch beschränkte, Arbeitsfähigkeit des Reichstags zu schaffen.

SPD. Dresden, 27. Aug. (Eig. Drahtb.)

Wie wir erfahren, finden in ganz Sachsen am 13. November die Gemein-dewahlen statt. Die Meldung wird auf Befragen von der Regierung bestätigt.

SPD. Köln, 27. Aug. (Eig. Drahtb.)

Köln hat zurzeit zwei niedliche Skandälchen, die in dem Mittelstand und sogenannten besseren Bürgerkreisen spielen. Im Rheinischen Sängerbund hat man bei Überprüfung der Geschäftsführung des Kassierers Karl Josef Bertram entdeckt, daß 11 000 Mark, die von den einzelnen Bundesvereinen eingezahlt worden sind, fehlen. Da aber die Prüfung noch nicht beendet ist, rechnet man mit einer Summe von 15 000 Mark, die vermißt wird. Der Staatsanwalt ist von dieser Sache, die schon einige Monate die Mitglieder in Aufregung versetzt, die man aber nicht an die große Glocke hängen wollte, nunmehr in Kenntnis gesetzt worden. -

Eine andere Korruptionssache spielt in der zusammengebrochenen Treuhand A.G. für Haus- und Grundbesitz. Hier wurde in einer Gläubigerversammlung berichtet, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates, der ehemalige Rechtsanwalt und Stadtverordnete Vaterrodt sich aus der Kasse 94 000 Mark gegen wertlose Schecks "geborgt" und davon nur 20 000 Mark zurückgezahlt hat. Der Vorsitzende der Treuhand, der ein Gehalt von 12 000 Mark bezog, hat davon nichts gemerkt und ein Mitglied des Aufsichtsrates hat im Dezember 1931 zwar die Bücher geprüft, aber Entlastung erteilt, obschon die Verfehlungen Vaterrodts offenkundig waren. Aus weiteren Einzelheiten, die in der Versammlung zur Sprache kamen, sei erwähnt, daß der Prokurist Vaterrodt einmal der Treuhandkasse 11 000 Mark entnahm, dass man einer Angestellten, die 160 Mark Gehalt bezog, einen Vorschuss von 3 000 Mark gewährte und einem Anstreicher aus Versen 8 756 Mark zuviel bezahlte. Vaterrodt war vor Jahren ein bösartiger Bekämpfer der Sozialdemokratie und ein Kämpfer für die deutsche Ehre. Er ließ seinen Sohn sogar auf den schönen Namen "Bleibedeutsch" taufen. Ein Glück, daß es damals in Köln noch keine nationalsozialistische Partei gab. Vaterrodt wäre sicher einer "ihrer Besten".

SPD. Warschau, 27. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die Sachverständigenkonferenz des ostpreußischen Agrarstaatenblocks ist heute nachmittag abgeschlossen worden, wobei der polnische Landwirtschaftsminister die Schlußansprache hielt. Die Konferenz faßte eine Reihe von Entschliessungen, die sich an den demnächst in Stresa zusammentretenden Ausschuß für wirtschaftliche Wiederherstellung Mittel- und Osteuropas wenden. Darin wird die Stresaer Konferenz aufgefordert, nochmals auf die Genfer Antireglementierungskonvention von 1927 zurückzugreifen, um den freien internationalen Warenaustausch wieder herzustellen. Bis dahin sei es aber notwendig, entsprechende Abkommen mit den Gläubigerstaaten zu treffen, die den agrarischen Schuldnerländern Importkontingente für landwirtschaftliche Produkte gewähren sollen, um ihnen auf diese Weise die Abdeckung der Schulden zu ermöglichen. Auf dem Gebiete der Finanzpolitik schlagen die Warschauer Entschliessungen die Instandsetzung von neuen internationalen Finanz- und kurzfristigen Agrarkrediten durch Auflage neuer Obligationen in den kapitalkräftigen Ländern Europas vor. Diese Kredite sollen durch besonders gegründete Spezialfonds in den einzelnen Ländern verwendet werden.

Ferner wurde beschlossen, nach der Konferenz von Stresa in Bukarest zusammenzutreten, um zu der dann neu geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

SPD. Aachen, 27. Aug. (Eig. Drahtb.)

Vor dem Aachener Schöffengericht entpuppte sich ein bekannter Schmuggler, der in seinen Kreisen den Spitznamen "Napoleon" trägt, als ein Genie, der Schmuggler und Spitzel für die Zollbehörde in einer Person vereinigt. Als er wegen einer Schmuggelsache zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, machte er aus Wut darüber umfangreiche Enthüllungen. U.a. sagte er, und die als Zeugen anwesenden Zollbeamten bestätigten es, daß er schon längere Zeit als Spitzel im Dienste der Zollbehörde gestanden habe. Durch seine "Ankündigungen" sei den Behörden schon manch guter Fang gelungen.

SPD. Der kommissarische Preussische Innenminister Dr. Bracht hat einem offiziellen Journalisten über den Beschluss des Gemeindeausschusses des Preussischen Landtags ein Interview gegeben, in dem er erklärt, die Ablehnung Zusammenlegung von Landkreisen und die Aufhebung von Amtsgerichten habe ihn in keiner Weise überrascht. Schon in wesentlich ruhigeren Zeiten seien die Änderungen von Gemeinde- und Kreisgrenzen beim Parlament auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen. Ernstliche Bemühungen der Regierungen um notwendige Reformen seien immer an den parlamentarischen Widerständen gescheitert, sobald das Problem im einzelnen praktisch angefasst werden sollte. Selbstverständlich mit der Aufhebung von 58 Landratsämtern und etwa 60 Amtsgerichten ganz erhebliche Ersparnisse verbunden, die sich schon in kurzer Zeit auswirken würden. Da die in den Fachministerien bereits vorbereiteten Maßnahmen über die Zusammenlegung von Landkreisen und Amtsgerichten im wesentlichen das Richtige getroffen hätten, so seien sie zum letztmöglichen Zeitpunkt in Kraft gesetzt worden. Unebenheiten, insbesondere bezüglich der Grenzziehung im einzelnen, ließen sich immer noch ausgleichen. An eine Aufhebung dieser Maßnahmen im ganzen sei nicht zu denken. Auch ein Beschluß des Landtags würde die kommissarische Preussische Staatsregierung zu einer Aufhebung der Verordnungen nicht veranlassen können.

SPD. Braunschweig, 27. Aug. (Eig. Drahtb.)
Gegen den vom Minister Klagges beantragten "Selbstschutz" hat der Vorsitzende der Ortskampfleitung der Eisernen Front in Braunschweig, Abgeordneter Thielemann, folgendes Schreiben an den Reichsinnenminister gerichtet:

"Die braunschweigische Regierung plant die Einrichtung eines Selbstschutzes für den Freistaat Braunschweig. Ich gestatte mir, im Namen der Eisernen Front der Stadt Braunschweig darauf hinzuweisen, daß ein evtl. einzurichtender Selbstschutz eine stete Bedrohung der Bürger des Freistaates Braunschweig darstellen würde, sofern dieser Selbstschutz aus Mitgliedern der Sturmabteilungen und Schutzstaffeln der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zusammengesetzt wird. Es ist zwar richtig, daß die Sicherheit und Ordnung besonders in der Stadt Braunschweig sehr oft gestört ist; Überfälle auf Republikaner sind nichts Seltenes gewesen. Die Bombenattentate nach der letzten Reichstagswahl lassen erkennen, daß auch heute noch mit neuen Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gerechnet werden muss. Es steht aber auch zweifellos fest, daß die Täter der letzten Bombenattentate in den Reihen der SA zu suchen sind. Einige Mitglieder der NSDAP sind bereits verhaftet worden. Zahllose Schlägereien und Überfälle sind durch Mitglieder der SA und SS absichtlich herbeigeführt. Mit mir protestieren deshalb nicht nur alle Republikaner der Stadt Braunschweig, sondern sicherlich auch alle anständig gesinnten Staatsbürger gegen die Aufstellung eines Selbstschutzes aus den Reihen der SA und SS.

Wenn die politischen Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf ihre Mitglieder beruhigend und nicht aufstachelnd wirken wollten, würde zweifellos der Sicherheit im Lande Braunschweig mehr gedient sein als durch einen Selbstschutz, der nur wieder eine Bedrohung aller friedlichen Elemente im Lande Braunschweig darstellen würde.

Ich bitte Sie deshalb, sehr geehrter Herr Minister, die Einrichtung eines Selbstschutzes im Freistaat Braunschweig im Interesse der Sicherheit des Landes auf keinen Fall zu gestatten".

SPD. Paris, 27.Aug.(Eig.Drahtb.)

Ministerpräsident Herriot hat heute den Kriegsminister Paul Boncour empfangen. Die Reise des Ministerpräsidenten zusammen mit dem Innenminister und dem Handels- und Marineminister nach der englischen Insel Jersey, wo sie mit dem englischen Innenminister Sir Herbert Samuel zusammentreffen, hat eine gewisse politische Bedeutung. Die Franzosen wollen jetzt offenbar die eingeschlafenen Französisch-englischen Handelsverhandlungen wieder aufnehmen. Herriot kommt in nächster Woche wieder nach Paris zurück und wird Mitte des nächsten Monats in einer kleinen Stadt in Südwestfrankreich für Wahlkampagne für den Senat mit einer großen politischen Rede eröffnen.

SPD. Köln, 27.Aug.(Eig.Drahtb.)

Die Wahner Heide, ein vor dem Kriege vielgenannter Artillerie-Übungs- und Schiessplatz, auf der im Kriege die Matrosen Koebis und Reichpietsch wegen der bekannten "Marine-Meuterei" erschossen wurden und nun dort begraben liegen, wird am 1. Oktober vom Reich auf Preussen übertragen werden, zur Abgleichung von Vorschüssen, die Preussen im Ruhrkampf dem Reiche gewährt hat. Die Wahner Heide ist teilweise zu landwirtschaftlichen Zwecken verpachtet. Nunmehr wird der Freiwillige Arbeitsdienst ein grösseres Arbeitsfeld auf ihr finden. Eine grössere Strecke wird als Übungs- und Schiessplatz für die Schutzpolizei Rheinlands und Westfalens und für den Reichsbahnüberwachungsdienst Verwendung finden.

SPD. Paris, 27.Aug.(Eig.Drahtb.)

Die grossen Friedenskundgebungen, die französische pazifistische Jugendkreise unter dem Namen "Tage der Hoffnung" organisiert haben, gehen ihrem Ende zu. An allen Ecken und Enden Frankreichs, in den Ferienlagern der internationalen Jugend, in kleinen und grösseren Städten wurden während dieser Tage pazifistische Feiern aller Art veranstaltet, bei denen fast immer mit dem Gedanken des Friedens eine der Hauptideen oder Betätigungen der Menschheit "Arbeit, Gesundheit usw" verbunden waren. In Paris gab es Gedenkfeiern für den Arzt und den Forscher Pasteur und den Philosophen Pascal, in der Provinz gut besuchte Arbeiter- und Jugend-Feierlichkeiten. Morgen, Sonntag, findet die Woche mit einer grossen Festversammlung und einer Lagerfeier in dem internationalen Jugendlager "Bierville" ihren Abschluss.

(Schluss des politischen Teils - Auf Wiederhören

Montag- Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850).

Aus aller Welt

"Kein Platz für Hass!"

Die Alten vergessen rasch und die Jungen lernen nicht leicht - aber man kann etwas dagegen tun.

SPD. In diesen schönen, manchmal ja fast überschönen Sommertagen sah man an verschiedenen Stellen Berlins eine Gruppe junger Menschen bei interessierter Betrachtung der verschiedenen Sehenswürdigkeiten; lauschte man ihrer Unterhaltung, so hörte man ein lustiges Französisch: die jungen Menschen waren Austauschschüler, zumeist 16 bis 18jährige Mädchen und Studenten von den Ufern der Seine, Rhône und Mass. Durch Vermittlung der "Liga für Menschenrechte" haben sie einige Wochen im Hause ihrer Berliner "Ersatzeltern" verbracht; nun, da die deutsche Zeit zu Ende ist, werden entsprechend viel junge Deutsche mit den Franzosen über den Rhein reisen und eine entsprechend lange Zeit Gäste ihrer französischen Ersatzeltern sein. Eine Hand wäscht die andere, aber darüber hinaus muss das Sprichwort, das hier seinen besten Sinn bekommen soll, erweitert werden: eine Hand gibt die andere! Der deutsch-französische Schüleraustausch soll nicht in erster Linie eine Organisation zur Veranstaltung billiger Ferienreisen sein, sondern wirklich der Verständigung dienen zwischen Deutschland und Frankreich, jener beiden Nationen, die stets die Tragik ewiger Missverständnisse umwittert.

Es hat ihnen ausgezeichnet gefallen. Da rühmen sie zuerst die grössere Freiheit, die der junge Deutsche dem wesentlich strenger erzogenen jungen Franzosen gegenüber besitzt; da neiden sie uns die zahllosen Sportmöglichkeiten und die entsprechend zweckmässige, luftige Kleidung; da entlockt ihnen die Kette der Grünanlagen, der Blumenschmuck auf den Balkons, der Glanz der weiten Strandbäder lange Lobeshymnen... "Und wir haben sich Ihnen gegenüber die Nationalsozialisten verhalten?" "Sie waren aussergewöhnlich höflich und liebenswürdig zu uns, interessierten sich sehr für die Zustände in Frankreich und wollten anhaltend mit uns politisieren."

Das ist ganz typisch. Der durchschnittliche Deutsche empfindet durchaus keinen Hass gegen Frankreich, er wird ihm nur immer wieder von neuem - wenn es das Geschäft der Kriegsindustrie so will - aufoktroziert. Und selbst den Nazis macht es mehr Spass, auf Landsleute einzuschlagen, wenn sie ihm es "Marxismus" verdächtig scheinen, als sich mit Franzosen herumzupöbeln.

Man hat den jungen Franzosen so viel in Berlin gezeigt, dass es sicher eine ganze Weile dauern wird, bis sie wieder die Ruhe haben werden, einiges über die in Deutschland gewonnenen Eindrücke zu sagen. Man darf annehmen, dass ihre Briefe dann nicht weniger herzlich sein werden als die ihrer jungen Vorgänger, die uns - gleichfalls durch die Vermittlung der Liga für Menschenrechte - in früheren Jahren besuchten. Da schrieb einer: "Alle sind meine besten Freunde geworden, wie eine zweite Familie für mich." Oder: "...überall sah man mich mit wirklicher Freude." Oder: "Ich bin so entzückt von meinem ersten Aufenthalt im Ausland, dass ich mit grossem Vergnügen im nächsten Sommer wieder zu derselben Familie fahren werde, aber dann wird es keine Studienreise mehr sein, sondern ein Besuch bei Freunden." Oder: "Ich war mit etwas Furcht nach Deutschland gekommen, aber ich habe nie unter meiner Eigenschaft als

Franzose zu leiden gehabt." Man könnte da noch stundenlang zitieren.

+

Bei einem grossen gemeinsamen Abschiedskaffee, dem am vergangenen Sonnabend noch eine grosse musikalisch-theatralische Feier in der Neuköllner Karl Marx Schule folgte, sagte eine junge Belgierin die schön formulierten, denkwürdigen Worte: "Wir lieben Deutschland, wir bewundern Deutschland, wir danken Deutschland - in unserm Herzen ist kein Platz für Hass." Und das erklären alle die jungen Menschen mit jener kräftigen Ueberzeugung, die bei ihnen nun schon die Erfahrung schuf: die früheren "Feinde" werden sich nicht hassen, wenn sie sich kennen. So ein Satz ist bei ihnen kein Gebet eines winerlichen Gefühls pazifismus, sondern das Bekenntnis von jungen Menschen, die ihre Augen aufgemacht und dies dabei gesehen haben: Ausbeuter und Ausgebeutete gibt es hüben und drüben; gewiss bestehen starke Verschiedenheiten zwischen den ja verschieden alten, in verschiedenen Zeitepochen zur Entwicklung gelangten Völkern, aber diese Verschiedenheiten sind ganz gewiss nicht so gross, dass man sich von Zeit zu Zeit deswegen die Schädel einschlagen, die Häuser ausräuchern und die Ländereien ein bisschen zur Wüste gessen müsste. Binsenwahrheiten? Manchem mag es so klingen, aber man mag auch bedenken, wie rasch die Alten vergessen und wie leicht die Jungen nichts lernen! Schüleraustausch ist not, dringend not; aus diesem Grunde ist ja auch das diesjährige Lager unserer "Kinderfreunde" bei der Seinstadt Dravail als eines der schönsten Ereignisse in der Geschichte der deutsch-französischen Verständigung, an die sich wohl doch noch einmal die Geschichte der wirklichen deutsch-französischen Freundschaft anschliessen wird, zu begrüssen.

+

Das ist natürlich genau so wichtig, dass junge Deutsche nun auch nach Frankreich gehen. Die Zahl der Interessenten auf deutscher Seite ist sogar stets höher als auf der französischen, was daran liegt, dass der Franzose ja an sich nicht gern weit, geschweige denn ins Ausland verreist. Aber mit zunehmender zeitlicher Entfernung vom Kriege scheint ihm doch die geographische Entfernung geringer: die Zahl der Austausche nimmt Jahr um Jahr zu, damit die Menge der Freude, das Quantum wirklich positiver Politik. Der Unterzeichnete gehört sozusagen zu den "Veteranen", er liess sich schon 1926 "vertauschen". Ebenso gute Erfahrungen, wie sie die jungen Franzosen aus Deutschland berichten, liessen sich auch in Frankreich gewinnen: besonders in den ehemals zerstörten Gebieten wuchsen Beziehungen von herzlicher Freundschaft. Einmal las mich von der Landstrasse, die ich entlang wanderte, ein Fabrikant in seinem Auto auf; als ich ihm erzählt hatte, dass ich Deutscher sei, wurde er besonders lebenswürdig; seine politischen Ansichten, die er ausführlich entwickelte, fasste er beim Abschied in die Worte zusammen: "Wenn Sie manchmal in Zeitungen schreiben, dann sagen Sie auch in Ihren Blättern, dass sich zwischen Deutschen und Franzosen alles arrangieren würde, wenn es in Deutschland etwas weniger Nationalismus gäbe."

Diese Meinung wird hier wiedergegeben, weil sie keine zufällige ist. Der Frankreichreisende hört sie hundertfach, tausendfach. Gewiss: die aufrüstungswütigen französischen Militaristen fürchten die deutschen - es ist eine furchtbare Wechselwirkung. Aber das französische Volk will den Frieden ebenso stark wie die Mehrheit des deutschen Volkes. Und wenn noch ein in Frankreich oft gehörtes Wort zitiert werden soll, dann dies: "So einen Blödsinn wie diesen Krieg wollen wir nicht wieder machen!" -

Junge Franzosen spazieren durch Berlin, junge Deutsche wandern durch Frankreich - es ist Zeit, dass sie zusammengehen.

Ego.

+

+

+

Zwei Mal 10 Jahre Zuchthaus. Das Sondergericht Berlin verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den 21jährigen Arbeiter Walter Püschel und den 28jährigen Arbeiter Artur Kopper wegen Aufruhrs in Tateinheit mit versuchtem Totschlag zu je 10 Jahren Zuchthaus; den 36jährigen Steinsetzer Artur Reichardt und den 20 Jahre alten Arbeiter Werner Klüh wegen einfachen Landfriedensbruchs zu je einem Jahr Zuchthaus. Die mitangeklagten Arbeiter Papst, Holzer und Kurt wurden freigesprochen. Die Angeklagten standen der KPD nahe.

Die Schwester des Angeklagten Püschel bekam bei der Urteilsverkündung einen Schreckkrampf; sie wurde aus dem Saale geführt. Als die Mutter Püschels zu ihrem Sohne gelassen werden wollte, wurde sie daran gehindert. Sie schrie: "Ich will mich von meinem Sohn verabschieden!" Vergeblich...

Dem Urteil liegt ein Feuerüberfall auf einen Polizeibewachter zugrunde; der Beamte war unverletzt geblieben. Die verurteilten Angeklagten bestritten ihre Täterschaft; auch ihre Verteidiger hatten sich eingehend um den Nachweis bemüht, dass eine Verwechslung vorliegen könne. Landgerichtsdirektor Tolk führte jedoch in seiner Urteilsbegründung aus, dass durch das Zeugnis des bedrohten Wachtmeisters und anderer Zeugen die Mittäterschaft von Püschel und Kopper einwandfrei bewiesen sei. Bei Reichardt habe das Gericht hinsichtlich der Unterstellung, dass er geschossen habe, Bedenken gehabt, weil er nur durch einen unsicher auftretenden nationalsozialistischen Zeugen belastet worden sei. Zur Höhe des Strafmasses erklärte Landgerichtsdirektor Tolk: "Auch wir Richter sind Menschen mit einem fühlenden Herz in der Brust. Wir sind aber verpflichtet, auf die Strafen zu erkennen, die das Gesetz vorschreibt."

+ + +
Anna Rosegger +. 72 Jahre alt verstarb in Krieglach (Österreich) die Witwe des Dichters Peter Rosegger.

+ + +
Alexander Gergely +. Der 43 jährige Berliner Bildhauer und Schriftsteller Alexander Gergely, Herausgeber der literarischen Monatszeitschrift "Die neue Revue" verübte Selbstmord. Gergely war durch das Verbot einer von ihm herausgegebenen "Gottlosen-Nummer" seiner Zeitschrift in schwere wirtschaftliche Not geraten.

+ + +
Sondergericht Nr.2. Die seit Mitte voriger Woche in Berlin tagende Sondergerichtskammer unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Tolk wird durch eine zweite Sondergerichtskammer ergänzt werden. Es hat sich gezeigt, daß eine Kammer allein die Zahl der angesetzten Verhandlungen nicht bewältigen kann. Die neue Kammer steht voraussichtlich unter Leitung von Landgerichtsdirektor Dr. Marschner.

+ + +
Gabriel freigesprochen. Von der Ferienstrafkammer des Landgerichts II Berlin wurde der 39jährige Pilot Wilhelm Gabriel von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen. Gabriel war am 3.Juni ds.Js. mit seinem Flugzeug in der Nähe des Flugplatzes Johannisthal abgestürzt. Das Flugzeug durchschlug ein Fabrikdach; mehrere Arbeiterinnen wurden z.T. schwer verletzt. Die Anklage unterstellte nun, daß Gabriel unerlaubterweise in einer geringen Höhe über der Fabrik einen Looping gemacht habe, dabei ins Trudeln gekommen sei und die Maschine nicht mehr rechtzeitig habe abfangen können. Die Beweisaufnahme ergab kein klares Bild. Das Gericht kam schliesslich zu der Meinung, daß der Absturz des Flugzeuges wohl auf einen unglücklichen, unvorhersehbaren Zufall zurückzuführen sei.

+ + +
Fünzigtausend Mark-Gewinn! In der Preussisch-süddeutschen Klassenlotterie wurde auf Los Nr. 336 568, das in beiden Abteilungen in Achteln und Vierteln in Berlin gespielt wird, ein Gewinn von 50 000 Mark gezogen.

Agrarkrise in USA.

(Von unserm nordamerikanischen Mitarbeiter).

SPD. Washington, Mitte August 1932.

Von überall her kommen Berichte, die auf eine leichte Wirtschaftserholung hierzulande schliessen lassen. Besonders deutlich prägt sich dieser, von kapitalistischen Wirtschaftspropheten bereits etwas vorzeitig als Krisenentspannung proklamierte Zustand in der Landwirtschaft aus, wo die Weizen-, Baumwoll- und Viehpreise eine kräftige Erholung zu verzeichnen hatten. Natürlich kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die landwirtschaftlichen Preisgewinne bisher in erster Linie der Börsenspekulation und dem Aufkäuertum und nur in ganz geringem Masse dem eigentlichen Produzenten, dem Farmer, zugute gekommen sind. Immerhin darf nicht übersehen werden, daß selbst eine derartige spekulative Besserung, vorausgesetzt sie hält an, nicht verfehlen kann, sich günstig für die gesamte Landwirtschaft auszuwirken.

In den New England-Staaten haben die Industrien eine ähnliche Belebung erfahren, die nach den Darstellungen der Presseagenturen zu zahlreichen Neueinstellungen, teilweise sogar zur vollen Inbetriebnahme sämtlicher Arbeitsschichten geführt hat. Auch in den Kohlenrevieren ist, wohl im Zusammenhange mit den Winteranforderungen, verstärkte Nachfrage und eine dementsprechende Erleichterung der Arbeitslosigkeit unter der Grubenarbeiterschaft zu verzeichnen. Die aus dem Süden und Westen kommenden Wirtschaftsberichte lauten nicht ungünstig und sind auf einen optimistischen Ton abgestimmt, wie man ihn schon lange nicht im amerikanischen Wirtschaftsleben gehört hat.

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer und sicherlich ist es noch zu früh, aus diesen günstigen Anzeichen definitive Schlüsse zu ziehen oder gar, wie die bürgerliche Presse schüchtern versucht, der skeptisch gewordenen öffentlichen Meinung Amerikas das Ende der Krise und den jetzt begonnenen wirtschaftlichen Aufstieg zu verkünden. Soweit jedenfalls die Arbeitskrise in Frage kommt, haben sich diese verheissenden Anzeichen vorläufig nur gering ausgewirkt, und erst die kommenden Wochen und Monate werden zeigen, ob es sich um mehr als eine bloße spekulative Erholung, zu dem Zwecke, den Massen vor den Präsidentschaftswahlen Sand in die Augen zu streuen, handelt.

Hinter der Erholung der Landwirtschaftsmärkte steht jedenfalls - dessen muss man sich schon heute bewusst sein - die wachsende Unzufriedenheit des amerikanischen Farmers, die in den letzten Monaten immer ausgeprägtere Formen angenommen hat. Durch die sich jagenden Ereignisse im In- und Auslande, die dramatischen Vorgänge um den Bonusmarsch und nicht zuletzt durch die Verschärfung der industriellen Arbeitskrise ist die Unrast unter der amerikanischen Landbevölkerung stark in den Hintergrund gedrängt worden, aber gerade in ihr zeigt sich, welchem stetigen und dabei nach aussen hin fast unmerklichen Radikalisierungsprozess das Rückgrat des amerikanischen Volksganzen, der Farmer, ausgesetzt ist. So regt sich seit längerer Zeit im Mittelwesten eine überaus rege Kampagne, die einen allgemeinen landwirtschaftlichen Kaufs- und Verkaufstreik auf ihre Fahnen geschrieben hat und mit dieser zwar primitiven, aber doch recht ernst zu nehmenden Losung einen überaus starken Anklang unter den Farmern findet.

Der Zweck dieser Bewegung, die unter dem Namen "Farmers' Holiday Association" (Bäuerliche Feiertagsvereinigung) auftritt, ist, sich jeder wirtschaftlichen Aktivität zu enthalten, zum mindesten solange, bis die Preise der landwirtschaftlichen Stapelprodukte eine ausreichende und von den Farmern als genügend angesehene Steigerung erfahren haben. Führt man sich die Tatsache vor Augen, daß im Staate Iowa allein die Farmer von 85 Distrikten aus einer Totalzahl von 99 Distrikten sich dieser Protestbewegung angeschlossen haben, so bekommt man ein klares Bild, welchen ungeheuren Anklang die Parole einer gemeinsamen landwirtschaftlichen Krisenaktion bisher gefunden hat. Ursprünglich war der Beginn des Bauernstreiks für Anfang Juli vorgesehen, ist aber dann aus unbekannten Gründen auf einen noch festzusetzenden Termin verschoben worden. Es ist sicherlich kein Fehlschluss, wenn man in der indirekten Drohung mit einer bäuerlichen Massenaktion einen Hauptgrund für die plötzlich eingetretene Erleichterung der Agrarkrise sieht.

Bis dahin wäre die Streikpropaganda der amerikanischen Farmer eine trotz allen wirtschaftlichen Unzuträglichkeiten nur leere Geste, versteckten sich nicht hinter ihr einige positive Forderungen, die aufmerksame Beachtung verdienen. Worauf es der "Farmers' Holiday Association" nämlich ankommt, ist eine Preisregulierung der Agrarprodukte durch die Bundesbehörden, mit anderen Worten eine systematische Regierungskontrolle, die die Interessen des Farmers sicherstellen und ihm ausreichende Preise seiner heute grösstenteils mit Verlust verkauften Produkte garantieren soll. Wie sich der Herr des Weissen Hauses mit seinem bekannten "Irtschäftsindividualismus" zu derartigen Vorschlägen stellt und mit welchem Entsetzen der Gedanke staatlichen Eingreifens in die geheiligte privatwirtschaftliche Domäne zurückgewiesen wird, braucht nach den Erfahrungen dreijähriger Krisenzeit nicht näher geschildert zu werden.

Ist die Unrast unter der notleidenden amerikanischen Bauernschaft aber der Anstoss zu der sich andeutenden Krisenentspannung, so ist die ausgeprägte Linksschwenkung der amerikanischen Gewerkschaften mit ein treibender Faktor. Mit dem gewerkschaftlichen Bekenntnis zur Arbeitslosenversicherung ist der Bundesregierung und dem Unternehmertum trotz allem offiziellen Totschweigen unzweifelhaft ein fürchterlicher Schrecken in die Gebeine gejagt worden, der Veranlassung zu einer Verdoppelung der Anstrengungen, die Krise zu überwinden, gegeben hat. Hier zeigt sich, was Massenaktivität bedeutet und wie wichtig es ist, wenn sich das amerikanische arbeitende Volk, seien es Farmer, Industriearbeiter oder herumirrende Bonusveteranen, auf sich selbst besinnt und seine eigenen, von ökonomischer Notwendigkeit vorgezeichneten Wege geht. Sollte Herrn Hoover das zweifelhafte Glück beschieden sein, noch einen zweiten Präsidententermin im Weissen Hause zu verbringen, dann werden er und seine in Reih und Glied aufgereihten Wirtschaftsindividualisten noch ihre blauen Wunder erleben.

SPD. Die holländische Abwehrbewegung, die auf eine Abdrosselung der Einfuhren hinzielt, und in erster Linie durch die deutschen Autarkiebestrebungen hervorgerufen ist, macht weitere Fortschritte. Die Regierung macht im "Staatsblatt" die neuen Kontingentierungsmassnahmen bekannt. Sie betreffen die Einfuhr von Strümpfen, Socken, Teppichen, Läufern, Decken, Matten, Nähgarn, Tischgut, Handtüchern, Bettlaken usw. und gelten zunächst bis 28. Februar 1933. Die zugelassene Einfuhr schwankt zwischen 70 bis 90 % der Durchschnittseinfuhr der Jahre 1930 und 1931 während des Kontingentierungs-

Zeitraumes. Die Einfuhr der kontingentierten Menge ist an eine Genehmigung gebunden, wofür $\frac{1}{2}$ % des Rechnungswertes der eingeführten Ware zu entrichten ist.

SPD. In der letzten Zeit ist sehr viel über den Oberleitungsomnibus berichtet worden, der vielfach auch als "Strassenbahn auf Gummi" bezeichnet worden ist. Tatsächlich aber ist der elektrische Oberleitungsomnibus ein Miteinander zwischen Strassenbahn und Autobus. Nun aber läuft seit kurzem in Deutschland tatsächlich eine Strassenbahn auf Gummi. Ein richtiger, moderner Strassenbahnwagen, der in vieler Hinsicht eine wichtige Neuerung auf diesem seit vielen Jahrzehnten vernachlässigten Gebiet ist. Es handelt sich hier um den sogenannten "Bäserter Lenkwagen", der von der "Westfälischen Strassenbahn G.m.b.H." in Betrieb genommen wurde. Bei ihm sind zum ersten Male in der Geschichte der Strassenbahn zwischen Radbandage und Radstern Gummipolster eingefügt worden. Es wurde dadurch ein federnder, fast geräuschloser Lauf erreicht. Der Wagen ist auf der Strasse kaum noch zu hören. Dafür treten allerdings bei dem ersten Versuchsfahrzeug im Wageninnern die Getriebegeräusche stärker auf, die sonst von dem Fahrgeräusch der Räder übertönt werden. Aber auch dieser Erscheinung will man durch die Wahl geeigneter Verzahnungen begegnen. Man wird neue Getriebe bauen, bei denen die Zähne stetig ineinander greifen. Das ist bei der Schrägverzahnung der Fall. Bei diesem Wagen ist aber auch das bei allen Strassenbahnen sonst so widerliche Quietschen in den Kurven vermieden worden. Der Wagen ist durch die von Dr. Ing. Bäserter angegebenen Lenkachsen "bogenläufig" geworden. Er rutscht nicht mehr durch die Kurven, sondern durchfährt sie. Jeder Strassenbahnbenutzer weiss, wie langsam die gewöhnlichen Strassenbahnwagen durch die Kurve fahren. Der Kurvenschmierer, der mit einem Schmiergefäss und einem langen Pinsel bewaffnet, die Kurven der Strassenbahngleise schmiert, ist eine bekannte Erscheinung. Der neue Strassenbahnwagen aber geht mit voller Geschwindigkeit durch die Kurve, ohne sich der Gefahr der Entgleisung auszusetzen. Er ist mit drei Achsgestellen ausgerüstet, die durch deichselartige Lenker miteinander verbunden sind. Durch diese Lenker werden die Achsen einwandfrei in die Richtung des Kurvendurchmessers gedreht. Zum ersten Male ist die geräuschlose Strassenbahn nahezu verwirklicht worden. Aber auch sonst entspricht der Wagen neuzeitlichen Anforderungen. Der Führerstand ist mit besonderer Sorgfalt durchgebildet worden, sodass der Fahrer seine Arbeit im Sitzen verrichten kann. Mit der linken Hand betätigt der Führer den Steuerschalter, mit der rechten das Steuerventil der Türschliessvorrichtung, die Feststellbremse, den Sandstreuer, den Reflektor des Scheinwerfers und die Rückmeldetaste der Lichtsignaleinrichtung.

Mit dem rechten Fuss bedient er die elektrische Signalklingel oder die mechanische Signalglocke. Der Wagen ist weiter mit Einrichtungen ausgestattet, die ihn für Fahrgäste und Personal angenehm machen. Dazu gehören u. a. die gute Lüftung, indirekte Beleuchtung des Wageninnern, zweckmässige Beleuchtung des Führerstandes u. a. m. Die bisher im Betriebene gewonnenen Erfahrungen berechtigen zu der Hoffnung, dass hier ein Weg gezeigt wurde, der der Weiterentwicklung der Strassenbahn eine neue, erfolgreiche Richtung weist.

Hausse lahm gelaufen.

(Berliner Getreidebörse vom 27. August)

SPD. Am Sonnabend war die Stimmung an der Berliner Produktenbörse nicht einheitlich. Während Roggen seinen Kursstand behaupten konnte, war Weizen schwächer veranlagt. Schon nach Schluss der Vortagsbörse machte sich im Weizengeschäft eine mattere Stimmung bemerkbar. Auf Grund der erhöhten Preise zeigte sich keinerlei Kauflust mehr. Auch an der heutigen Börse setzte sich diese Bewegung fort. Trotz geringfügigen Angebotes konnten sich die Preise nur schwer behaupten. Am Promptmarkt blieb der Kurs zwar unverändert; jedoch machten sich am Markte der Zeitgeschäfte Abschwächungen von etwa $1\frac{1}{2}$ Mark bemerkbar. Hier war allerdings die Umsatzstätigkeit sehr gering. Auch in Roggen fanden nicht viele Umgänge statt. Der Promptkurs blieb unverändert, während sich am Markte der Zeitgeschäfte für die späteren Sichten sogar kleine Befestigungen zeigten. Die Mühlen zeigten wenig Nachfrage. In der Hauptsache wurden Stützungskäufe beobachtet. Am Mehlmarkt wurde gestern nachmittag Weizenmehl ziemlich lebhaft gehandelt. Auch fanden einige Umsätze für spätere Lieferungen statt. Höhere Preise konnten dabei aber nicht erzielt werden. Heute hat sich der Markt wieder beruhigt. Das Roggenmehlgeschäft blieb weiter bei unveränderten Preisen. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot war ausreichend, zumal die Kauflust des Konsums sich in engsten Grenzen hielt.

	26.8.	27.8.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	207 - 209	207 - 209
Roggen	158 - 160	158 - 160
Braugerste	172 - 182	172 - 182
Futter- und Industriergerste	156 - 163	156 - 163
Hafer	133 - 138	133 - 138
Weizenmehl	25,00 - 30,00	25,00 - 30,25
Roggenmehl	21,50 - 23,75	21,60 - 23,85
Weizenkleie	9,70 - 10,20	9,70 - 10,20
Roggenkleie	8,25 - 8,75	8,25 - 8,75
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 220 $\frac{1}{2}$ (Vortag 222), Oktober 221 (222 $\frac{3}{4}$), Dezember 222 $\frac{1}{2}$ (223 $\frac{1}{2}$).		
Roggen September 171 (171), Oktober 172 (171 $\frac{1}{4}$), Dezember 173 $\frac{1}{4}$ (172 $\frac{3}{4}$.)		
Hafer September - (140 $\frac{1}{2}$), Oktober - (141), Dezember 142 $\frac{3}{4}$ (-).		

Starke Preissteigerungen am Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 27. August. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 107, II. Qualität 97, abfallende Sorten 90 Reichsmark. Tendenz: gebessert.

Gewerkschaftliche Rundschau ✱

Kommunisten und Gewerkschaften.

"Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln!"

SPD. Die Presse der Kommunisten, so z.B. die "Rote Fahne" vom 23. und 24. August, veröffentlicht offizielle Verlautbarungen der KPD für eine verstärkte Aktivierung der Parteimitglieder an der sogenannten innergewerkschaftlichen Front. Jeder Betriebseinheit und ihrer Belegschaft wird zur Aushöhlung der Gewerkschaften der Kleinkrieg empfohlen.

Diese neuen Spaltungspraktiken der Kommunisten dürfen keineswegs als Ergebnis einer neuen Politik angesehen werden. Die KPD als Trägerin der RGO-Bewegung hat seit dem Jahre 1918 ihre Stellung gegenüber den Gewerkschaften ständig gewechselt. Beim Lesen der Protokolle, Statuten, Aufrufe und Resolutionen der KPD ist man entsetzt über das Tohuwabohi ihrer Parolen.

Auf dem Gründungsparteitag der KPD im Dezember 1918 äusserte das Mitglied der Zentrale, Fröhlich-Hamburg: "Für uns kann es nur eine Parole geben: Heraus aus den Gewerkschaften". (Protokoll Seite 16)." Im September 1919 erschien parteioffiziell eine Broschüre Karl Radeck's unter dem Anonym Arnold Strudhahn über "Die Entwicklung der Deutschen Revolution". Auf Seite 13 ist zu lesen: "Eine wirtschaftliche Organisation ohne grosse Massen ist ein Unding, und deshalb ist die Spaltungsparole auf dem gewerkschaftlichen Gebiet reaktionär." Die Parole lautete also wieder: Hinein in die Gewerkschaften!

Der 2. Kongress der kommunistischen Internationale, der im Juli/August 1920 in Moskau tagte, erliess in einer Resolution Leitsätze zur gewerkschaftlichen Frage. Es heisst da: "Da die Kommunisten Ziel und Wesen der gewerkschaftlichen Organisation höher stellen als ihre Formen, dürfen sie vor einer Spaltung nicht zurückschrecken." Die Parole lautet wieder: Heraus aus den Gewerkschaften!

Der 3. Kongress der kommunistischen Internationale 1921 (Thesen und Resolution des dritten Weltkongresses der K.I. Seite 78), beschloss:

"In Deutschland ist die Partei auf dem besten Wege, allmählich die Gewerkschaften zu gewinnen. Auf keinen Fall sollen den Anhängern der Parole: "Heraus aus den Gewerkschaften", Konzessionen gemacht werden." Die Moskauer Parole lautet: Bleibt in den Gewerkschaften! Und daraufhin beschloss der 2. Parteitag der KPD im August 1921 in Jena: "Parteimitglieder, die für den Austritt aus den Gewerkschaften Propaganda machten, verstossen gegen grundlegende Parteibeschlüsse und sind aus der Partei auszuschliessen."

In dem Aufruf des 3. Parteitages der KPD vom 10. Mai 1924 heisst es: "Kampf bis aufs Messer der ganzen Sozialdemokratie. Deshalb ist die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften zu verhundertfachen". Die Parole lautet: Die Gewerkschaften von innen heraus sprengen.

Im Juli 1924 spricht sich der 3. Kongress der R.G.I. wieder klar für die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung aus; er fordert die Gründung einer "Vereinigten Gewerkschaftsinternationale" und zwecks Verschmelzung der Amsterdamer- und der Roten Gewerkschafts-Internationale, die Einberufung eines internationalen Vereinigungskongresses.

Schon im April 1925 kommt eine radikale Schwenkung, indem Losowski, der Sekretär der R.G.I. den "Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaften bis zu ihrer Vernichtung" fordert (Internationale Presse-Korrespondenz vom 13. April 1925).

Der Ekki-Brief vom August 1925 (Der neue Kurs. Verlag Z.K. der KPD vom 25.9.1925 Seite 45) sagte: "Die gewerkschaftsfeindliche Propaganda in den Reihen der Partei wird nicht genügend bekämpft. Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften ist ein Teil der bolschewistischen Strategie."

In den Jahren 1926 und 1927 erfolgen keine neuen Parolen, weil in der KPD ein grosser Richtungsstreit über die Gewerkschaftspolitik ausbrach. Der 6. Kongress der kommunistischen Internationale im Jahre 1928 befahl wieder eine neue Schwenkung. Im Protokoll, Band 4, Seite 31 heisst es:

"In günstigsten Situationen müssen wir gewerkschaftliche Kämpfe auch gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie führen und Lokalorganisationen sollen aus den Gewerkschaften austreten." Der 12. Parteitag der KPD im Juni 1929, Protokoll Seite 68/69 beschloss auf Vorschlag des Gewerkschaftsreferenten Merker: "Es sind eigene Betriebsräte gegen die Gewerkschaften und eigene Streikleitungen zu wählen." Damit wurde zur Bildung sogenannter revolutionärer Betriebsräte gegen die Gewerkschaften aufgerufen.

Nach dem März-Plenum des Ekki 1930 polemisierte Remmele in der kommunistischen Presse scharf gegen Merker und meinte: "Die Ausschaltung des kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften sei widersinnig." Trotzdem begannen jetzt die Gründungen der roten Verbände. Die Parole lautete: Heraus aus den reformistischen, hinein in die roten Gewerkschaften".

Im Mai 1931 schwenkten die RGO-Strategen wieder um. Es hiess wieder, dass innerhalb der reformistischen Gewerkschaften stärkste Oppositionsarbeit entfaltet werden muss. In der Entschliessung des Zentralkomitees der KPD klingt schon wieder ein anderer Ton. Es heisst da: "Rascher und fester Aufbau der RGO einschliesslich der roten Einheitsverbände zu umfassenden gewerkschaftlichen Massenorganisationen des Proletariats."

Und jetzt 1932 soll nach Auffassung der KPD-Zentrale wieder die Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften in verschärfter Masse aufgenommen werden. Dabei steht Zersplitterung der Kräfte und Putschtaktik an erster Stelle. Organisierte und Unorganisierte sollen Ausschüsse bilden, und Kämpfe über den Kopf der Führer einleiten und durchführen. Die Opfer solch verbrecherisch planloser Taktik sind für die gewissenlosen Spalter Nebensache.

Das sind dokumentarisch festgestellte Tatsachen, die die deutsche Arbeiterklasse innerhalb der letzten 13 Jahre erleben musste. Nur ein Idiot wird nicht begreifen, dass diese Sorte von "Politik" der KPD den Gewerkschaften gegenüber mit Handlangerdienst für das Industriekapital und den Faschismus ist.

SPD. Bei der Reichsbahn herrschen auf dem Gebiete der Arbeitszeit skandalöse Verhältnisse. Während in den Ausbesserungswerken und den Werkstätten der Bahnbetriebswerke sowie auf grösseren Güterböden in grösserem Umfange Feierschichten eingeführt sind, werden im Betriebs- und Verkehrsdienst noch 54 bis 57 Stunden Arbeitszeit wöchentlich verlangt, und zwar für etwa 350.000 Arbeitskräfte. Für die Hälfte des Personals beträgt die Schichtzeit 61 bis 93 Stunden wöchentlich. Der Einheitsverband der Eisenbahner kämpft seit Jahren gegen diesen unerträglichen Zustand. Bis jetzt ohne Erfolg. Die Reichsbahn-Gesellschaft will aber nun sogar in den nächsten Wochen über 50.000 Bahnunterhaltungsarbeiter entlassen.

Wir fragen, wie lange soll diese unverantwortliche Politik weitergeführt werden? Es ist höchste Zeit, dass die Regierung, die auf andern Gebieten so stark sein kann, sich auch einmal mit diesem Skandal beschäftigt.

Die Eisenbahngewerkschaften haben der Reichsbahn-Gesellschaft seit Jahren nachgewiesen, dass die Verkürzung der Arbeitszeit im Betriebs- und Verkehrsdienst im Hinblick auf die rücksichtslos durchgeführte Rationalisierung und die dauernde Leistungssteigerung notwendig und gerechtfertigt ist. Die Gewerkschaften haben auch den Nachweis erbracht, dass die Arbeitszeitverkürzung und die Einführung von Feierschichten in diesen Dienstzweigen technisch möglich, wirtschaftlich tragbar und rechtlich zulässig sind. Auch verschiedene Arbeitsgerichtsbehörden haben sich auf diesen Standpunkt gestellt und ihn in ihren Urteilen bei Einspruchsklagen gegen Kündigungen ausführlich begründet. Diese Arbeitsgerichtsbehörden haben entschieden, dass die Kündigung von Arbeitern eine unbillige Härte ist, solange sich die Reichsbahn-Gesellschaft weigert, die Arbeitszeit im Betriebsdienst zu kürzen. Die Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsstreckung bei der Reichsbahn kann von der Regierung um so mehr verlangt werden, da die Reichsbahn bisher schon mehrfach finanzielle Hilfe vom Reiche erhalten hat.

Die Steuerzahler bedanken sich dafür, dass auf ihre Kosten der Arbeitszeitskandal der Reichsbahn verewigt wird.

SPD. Der Rundfunk ein Tendenzbetrieb? Das wäre die neueste Errungenschaft des neuen Kurses. Vor dem Berliner Arbeitsgericht wurde am Sonnabend der Einspruch verhandelt, den der bisherige Leiter der aktuellen Abteilung der Funkstunde Berlin Artur Kürschner gegen seine Entlassung erhoben hat. Die Entlassung erfolgte fristgemäss am Tag nach dem Amtsantritt des neuen Rundfunkkommissars Scholz. Kürschner war drei Jahre in seiner Stellung und erhob nun mit Billigung des Betriebsrates Einspruch gegen seine Entlassung mit der Begründung, diese Entlassung bedeute eine unbillige Härte; denn sie sei nur aus politischen Gründen erfolgt, da bisher gegen seine Tätigkeit keinerlei Bedenken erhoben worden seien. Demgegenüber erklärte der Vertreter der Rundfunkgesellschaft Oberregierungsrat Dr. Karstensen, dass der Rundfunk als Tendenzbetrieb zu bezeichnen sei, bei dem die sonst den Betriebsräten eingeräumten Rechte nicht Platz greifen könnten. Ein Urteil ist noch nicht erfolgt. Die Verhandlung wurde zunächst bis zum 8. September vertagt.

Von den Angestellten einer Politischen Partei oder einer politischen Zeitung kann man eine gewisse Gesinnung voraussetzen, aber nicht von den Angestellten eines Rundfunks, der ja eine öffentliche Einrichtung und nicht in die Schranken der Parteipolitik eingezwängt sein soll. Der Rundfunk soll kein Tendenzbetrieb sein. Wenn jetzt die Rundfunkgesellschaft durch ihre Vertreter erklären lässt, sie sei ein Tendenzbetrieb, dann besagt das nur, dass der Rundfunk nunmehr eben gewaltsam zur Förderung reaktionärer Tendenzen missbraucht werden soll.

SPD. Im Industriegebiet von Lancashire sind am Sonnabend, nachdem die Vermittlungsverhandlungen gescheitert sind, 200 000 Textilarbeiter in den Streik getreten. Der englische Arbeitsminister Betterton erklärte, ein Eingreifen der Regierung sei im Augenblick nutzlos, denn die Meinungsverschiedenheiten der beiden Parteien seien zur Zeit unüberbrückbar. Die Regierung habe keine Vollmacht, einem Streik zuvor zu kommen.
